



Stadt im Einklang oder Polarisierung auf engem Raum

Hamburger und Bremer Stadtteile
im Veränderungsprozess

Jana Faus, Lennart Hagemeyer, Charlotte Faltas

Die **Friedrich-Ebert-Stiftung** wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek

Das **Julius-Leber-Forum** ist das Regionalbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Bundesländer Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Seit 1995 bieten wir in diesen drei Ländern Veranstaltungen zur politischen Bildung an: von öffentlichen Diskussionsforen über Ausstellungen, Exkursionen und Jugendbeteiligungsprojekte bis hin zu Kompetenztrainings, Webinaren und einem eigenen Podcast.

Inhalt

Vorwort der Friedrich-Ebert-Stiftung	3
1. Zusammenfassung zentraler Ergebnisse	5
2. Einleitung: Hamburg und Bremen müssen Großstadtherausforderungen bewältigen	7
3. Methodisches Vorgehen	9
4. Die Stimmung in Hamburg und Bremen	13
5. Die wichtigsten politischen Themen	21
5.1 Die wichtigsten Themen in Hamburg	21
5.2 Die wichtigsten Themen in Bremen	24
6. Wie blicken die Stadtbewohner_innen auf die Politik?	29
7. Fazit	35
Anhang	37
Literaturverzeichnis	43
Die Autor_innen	44



Vorwort der Friedrich-Ebert-Stiftung

Wie ähnlich sind die politischen Einstellungen von Menschen, die auf dem engen Raum eines Stadtteils zusammenwohnen? Und wie ähnlich oder verschieden ist wiederum die Wahrnehmung von Politik und Gesellschaft in verschiedenen Stadtteilen einer Großstadt? Zeigen sich die in den vergangenen Jahren viel beschriebenen gesellschaftlichen Polarisierungstendenzen auch innerhalb von Stadtgesellschaften?

Diese drei Fragen standen am Anfang eines Projekts, dessen Abschluss Sie nun vor Augen haben. Das norddeutsche Regionalbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung hat Antworten in den beiden Städten Bremen und Hamburg gesucht und deshalb eine Studie in Auftrag gegeben, die in Form von Gruppendiskussionen genauer in einige Stadtteile und das politische Denken ihrer Bewohner_innen hineingeschaut hat. Die Ergebnisse dieser qualitativen Studie liegen nun in Form dieser Publikation vor.

Das Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung trägt mit dieser Analyse politischen Denkens in Großstädten zu den umfangreichen Forschungen bei, die den politischen Zustand unserer Gesellschaft untersuchen. Fraglos befindet sich Deutschland in einer Phase wechselnder und multipler Krisen – die Covid-19-Pandemie, die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sowie die spürbaren Folgen der Erderwärmung, welche die Notwendigkeit umfangreicher Klimaschutzmaßnahmen offensichtlich werden lassen, sind nur die drei größten von ihnen. Politik und Öffentlichkeit müssen in dieser politisch herausfordernden Zeit wissen, ob diese Krisen das Zusammenleben gefährden, bestehende Spaltungstendenzen verstärken und möglicherweise sogar die Grundlage des demokratischen Rechtsstaats erodieren lassen.

Diese Krisen, die weit über Deutschland hinausreichen, treffen Menschen immer in einer konkreten sozialen und geografischen Umgebung. Daher ist es wichtig, in diese konkreten Umgebungen zu schauen und hier nach Veränderungen von Einstellungen und politischen Werten zu fragen. In diesem Fall haben wir nach Bremen und Hamburg geblickt, zwei Großstädte, zwei Stadtstaaten (wobei Bremerhaven in dieser Studie nicht mit untersucht wurde, sondern nur die Stadt Bremen), in denen viele Menschen auf engem Raum miteinander leben.

Die Ergebnisse der Studie – so viel darf ich hier schon schreiben – machen Mut. Viele Menschen blicken positiv auf ihre eigene Umgebung und haben politisches Vertrauen, was nicht mit Kritiklosigkeit an politischen Entscheidungen verwechselt werden darf. Harte Polarisierungstendenzen hat unser Einblick in einige Bremer und Hamburger Stadtteile nicht gezeigt. Bereitschaft zum eigenen politischen Engagement haben wir allerdings ebenso wenig gefunden. Zudem konnten wir belegen, dass Gentrifizierung zu Entfremdung zwischen Menschen und gesellschaftlichen Milieus führt. Schließlich formulieren die Studienteilnehmer_innen klare politische Aufgaben, deren Erledigung sie von den politischen Verantwortlichen ihrer Städte auch erwarten.

Die Ergebnisse dieser Studie sind nicht repräsentativ für alle Bremer_innen und Hamburger_innen. Sie bieten aber einen tiefen Einblick in politisches Denken und politische Werthaltungen, in die Identifikation mit der eigenen Stadt und in das Verhältnis der vor Ort akuten Fragen des eigenen Lebens zu den großen Herausforderungen unserer Zeit. Damit leistet die Studie einen Beitrag zum Verständnis der Stadtgesellschaften von Hamburg und Bremen und ich wünsche allen Leser_innen, dass sie auf den folgenden Seiten neue Erkenntnisse finden, die das eigene Wissen erweitern und neue Gedankenhorizonte eröffnen. Wir selbst ziehen daraus Schlüsse für die Themenauswahl in unserem politischen Bildungs- und Beratungsprogramm in beiden Städten, aber auch für das methodische Vorgehen und die gezielte Vorbereitung von Referent_innen und Trainer_innen.

Mein herzlicher Dank geht an die Studienteilnehmer_innen, die viele Stunden engagiert über ihre Städte, über Politik und Gesellschaft diskutiert haben. Ebenso herzlich danke ich allen, die zum Gelingen dieser Studie beigetragen haben, an erster Stelle den drei Autor_innen dieses Textes Jana Faus, Charlotte Faltas und Lennart Hagemeyer.

Hamburg im August 2022

Dr. Dietmar Molthagen

Leiter des Julius-Leber-Forums der Friedrich-Ebert-Stiftung

1. Zusammenfassung

zentraler Ergebnisse

Städte gelten seit jeher als Brennglas gesamtgesellschaftlicher Entwicklung. Umso interessanter sind die Fragen, ob die von vielen Bürger_innen wahrgenommene zunehmende Polarisierung der Gesellschaft im Sozialraum eines Stadtteils spürbar ist und ob der gegenwärtig fraglos hohe Problemdruck zu politischer Frustration und möglicherweise sogar einer Abkehr von demokratischen Grundwerten führt.

Die gute Nachricht dieser Studie lautet: Harte Spaltungstendenzen, die potenziell das friedliche Miteinander in Vielfalt und die demokratische Grundordnung gefährden, konnten wir nicht feststellen. Die Wahrnehmung vieler Menschen, der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland nehme ab, relativiert sich also, wenn sie über die eigene Stadt und die eigene Nachbarschaft sprechen. Die eigene Stadt sowie das eigene Lebensgefühl darin werden insgesamt positiv bewertet. Die Befragten sind überwiegend stolz auf Bremen bzw. Hamburg und das offene und tolerante gesellschaftliche Klima an beiden Orten. Dabei zeigen die Bremer_innen eine stärkere Orientierung auf Bremen als Ganzes und ein besseres Wissen über Stadtteile, in denen sie selbst nicht wohnen, während die Hamburger_innen eine stärkere Fokussierung auf den eigenen Stadtteil erkennen lassen.

Außerdem konnten die Forscher_innen ein durchaus intaktes Grundvertrauen in die Politik und ihre Gestaltungsfähigkeit feststellen, was nicht zuletzt an den in Bremen wie Hamburg über Parteigrenzen hinweg geschätzten Bürgermeistern Dr. Peter Tschentscher (Hamburg) und Andreas Bovenschulte (Bremen) liegt. Auch das Management der Corona-Pandemie durch die Senate wird in beiden Städten positiv bewertet und hat offenbar das Vertrauen in die Politik stabilisiert.

Dennoch zeigen sich deutliche Schmerzpunkte im großstädtischen Leben: In Hamburg ist die Frage der hohen Wohnkosten in allen Gesprächen dominant. Einigkeit herrscht bei den Befragten aus unterschiedlichen Wähler_innenmilieus darüber, dass die Politik den Wohnungsmarkt stärker regulieren müsse. Hinzu kommt speziell aus den innerstädtischen Stadtteilen Hamburgs Kritik an der „Eventisierung“ der Stadt und einer zu starken Orientierung der Politik an Tourist_innen. Ein drittes Thema, das in den Hamburger Diskussionen eine große Rolle spielt und bei dem die Befragten großen Handlungsbedarf sehen, ist die Mobilität. Stärker als in Bremen zeigt sich im Vergleich der drei Hamburger Gruppen bei allen drei Themen in den innerstädtischen Stadtteilen ein höherer Problemdruck. Entsprechend ist dort auch die politische Frustration größer und die Orientierung auf den eigenen Stadtteil als Identifikationsraum – im Gegensatz zur Gesamtstadt – ausgeprägter.

In Bremen ist das am stärksten emotionalisierende Thema die Verkehrsplanung, an der viel politische Kritik geäußert wird. Außerdem herrscht in Bremen Sorge um die Innenstadt, deren Entwicklung speziell seit Beginn der Covid-19-Pandemie als negativ eingeschätzt wird. Vandalismus und Verschmutzung des öffentlichen Raums sind ein drittes Ärgernis für die Bremer_innen, insbesondere in der Gegend

um den Hauptbahnhof. Interessant ist, dass klassische Themen der politischen Debatte in Bremen – die hohe Verschuldung und die im Bundesländervergleich meist schlecht bewerteten Schulen – in den Diskussionen nur eine geringe Rolle spielen. Allerdings betonen viele Befragte in Bremen über alle drei Gruppen hinweg, dass sie das negative Image ihrer Stadt und die Tendenz zur „Selbstverzwergung“ – sichtbar an der Bremer Redensart, man sei ein „Dorf mit Straßenbahn“ – stören. Beides verhindere eine positivere Entwicklung.

Auch zu diesen negativ diskutierten Themen lautet die aus Sicht der Demokratie gute Nachricht der Studie, dass die vom „Metropolenstress“ betroffenen Menschen Verbesserungen ihrer Lebenssituation von der Politik erwarten und sich (bislang) nicht frustriert von Politik und Gesellschaft abwenden. Im Umkehrschluss adressieren die Teilnehmenden dieser Studie damit klare politische Aufgaben an diejenigen, die in Hamburg und Bremen politische Verantwortung tragen.

Die Bereitschaft, selbst politisch aktiv zu werden und das eigene Gemeinwesen mitzugestalten, ist dabei wenig bis gar nicht vorhanden. Umgekehrt bestehen aber Erwartungen an den direkten Dialog mit Politiker_innen. Dabei wird in den innerstädtischen Stadtteilen eher gewünscht, mit Lokalpolitiker_innen über die Lösung vorhandener Probleme zu sprechen, während in den jenseits der Innenstadt liegenden Vierteln vermehrt der Wunsch nach direktem Dialog mit Spitzenpolitiker_innen der Städte geäußert wird.

2. Einleitung: Hamburg und Bremen müssen Großstadtherausforderungen bewältigen

Das Leben in Großstädten ist im Wandel und stellt die Einwohner_innen immer wieder vor neue Herausforderungen. Das gilt auch für die beiden für diese Studie ausgewählten Städte Hamburg und Bremen. Aktuelle Probleme sind zum Beispiel steigende Wohnkosten, ein Mangel an Naherholungsflächen und das gemeinsame Leben auf engem Raum. Den Zuzug in Großstädte konnten diese Entwicklungen bis zum jetzigen Zeitpunkt hingegen nicht bremsen. So ist die Bevölkerungsentwicklung in Bremen trotz des demografischen Wandels stabil.¹ In Hamburg wird – trotz Pandemie und „Zeitenwende“ – weiterhin ein Zuwachs an Einwohner_innen in den nächsten Jahren erwartet.² Bei bereits steigenden Wohnkosten und einem größeren Stressgefühl unter den Bürger_innen werden die Herausforderungen in beiden Städten somit eher größer als kleiner.

Im Kern stellt sich langfristig auch die Frage, welche Bevölkerungsschichten sich überhaupt noch ein Leben in innenstädtischen Bereichen einer Großstadt werden leisten können, wenn Veränderungs- und Gentrifizierungsprozesse weiter voranschreiten. Hier sind auch politische Entscheidungsträger_innen gefordert, Lösungen zu entwickeln und das Streben nach gerechter Teilhabe für alle Stadtbewohner_innen auf die Agenda zu setzen. Bereits jetzt stellt sich die Frage, inwiefern die Polarisierung, von der in sozialwissenschaftlicher Forschung immer wieder die Rede ist, auch innerhalb von Stadtgrenzen zu beobachten ist.³ Bevölkerungen werden immer heterogener und Stadtteile sowie ihre Bewohner_innen entwickeln eigene Identitäten. Mit Blick auf das Gemeinwesen einer Stadtgesellschaft wirft das die Frage auf, ob der ansteigende Problemdruck diese Entwicklungen verfestigt und also auf engem Raum für eine verstärkte Polarisierung zwischen den Bürger_innen und/oder zwischen Stadtteilen sorgt. Bereits im Jahr 2020 hat die pollytix strategic research GmbH für die Friedrich-Ebert-Stiftung Polarisierungsprozesse in größeren⁴ wie engeren⁵ regionalen Räumen untersucht. Es wird deutlich, dass sich zwar viele einen größeren Zusammenhalt wünschen, teilweise aber die Gelegenheiten zur Begegnung fehlen und die Vorstellungen über das Zusammenleben weit auseinandergehen. Auch wird deutlich, dass die lokale Politik die Bürger_innen nur noch

1 Bund – Länder Demografieportal 2022: Bevölkerungszahl in Bremen.

2 Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2019: Bevölkerungsentwicklung 2019 bis 2040 in Hamburg. Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

3 Zick, Andreas; Küpper, Beate 2021: Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn.

4 Hartl, Matthias; Faus, Jana 2020: Auf der Suche nach dem verlorenen Dialog. Erkenntnisse einer qualitativen Studie über die fragmentierte Gesellschaft in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Berlin.

5 Faus, Jana; Ickstadt, Lutz 2020: Nebeneinander oder miteinander? Nachbarschaftlicher Zusammenhalt im Corbusierhaus Berlin. Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Berlin.

begrenzt erreicht und viele Menschen sich tendenziell von politischer Teilhabe abwenden.

Die vorliegende Studie hatte sich zum Ziel gesetzt herauszufinden, ob sich politische Spaltungstendenzen, die potenziell das demokratische Miteinander gefährden, innerhalb der Städte Bremen und Hamburg, also auf einem engen geografischen Raum, finden lassen. Dazu wurden insgesamt sechs Fokusgruppen gebildet und zwei anschließende Triaden (siehe unten) in Hamburg und Bremen durchgeführt. Es wurde also ein qualitatives Forschungsdesign gewählt, um die alltäglichen Schmerzpunkte der Einwohner_innen in einem sozialen Setting zu explorieren und miteinander vergleichen zu können. Dabei standen die folgenden Fragen im Zentrum: Wie „ticken“ unterschiedliche Stadtteile in Bremen und Hamburg? Ist das politische Denken in den verschiedenen Stadtteilen grundlegend verschieden oder ähnlich? Was sind relevante politische Themen für Angehörige verschiedener Milieus in den unterschiedlichen Stadtteilen? Wie ähnlich oder verschieden politisch aktiv sind die Bewohner_innen verschiedener Stadtteile? Was wünschen Hamburger und Bremer Bürger_innen sich von den politischen Verantwortlichen vor Ort?

Die Ergebnisse der Studie liefern nicht nur Einblicke in das politische Denken der Einwohner_innenschaft von Hamburg und Bremen. Sie bedeuten auch einen Mehrwert für die dortige politische Bildungsarbeit, da sie Problemfelder aufzeigen, die die gesellschaftliche Polarisierung vorantreiben könnten. Politische Bildungsakteur_innen und politische Entscheidungsträger_innen gewinnen so gleichermaßen tiefere Kenntnis davon, welche Themen besonders relevant sind und welche eine eher untergeordnete Rolle spielen, welche Wünsche gegenüber der Stadtpolitik bestehen und inwiefern das Gemeinwesen insgesamt intakt oder angegriffen ist.

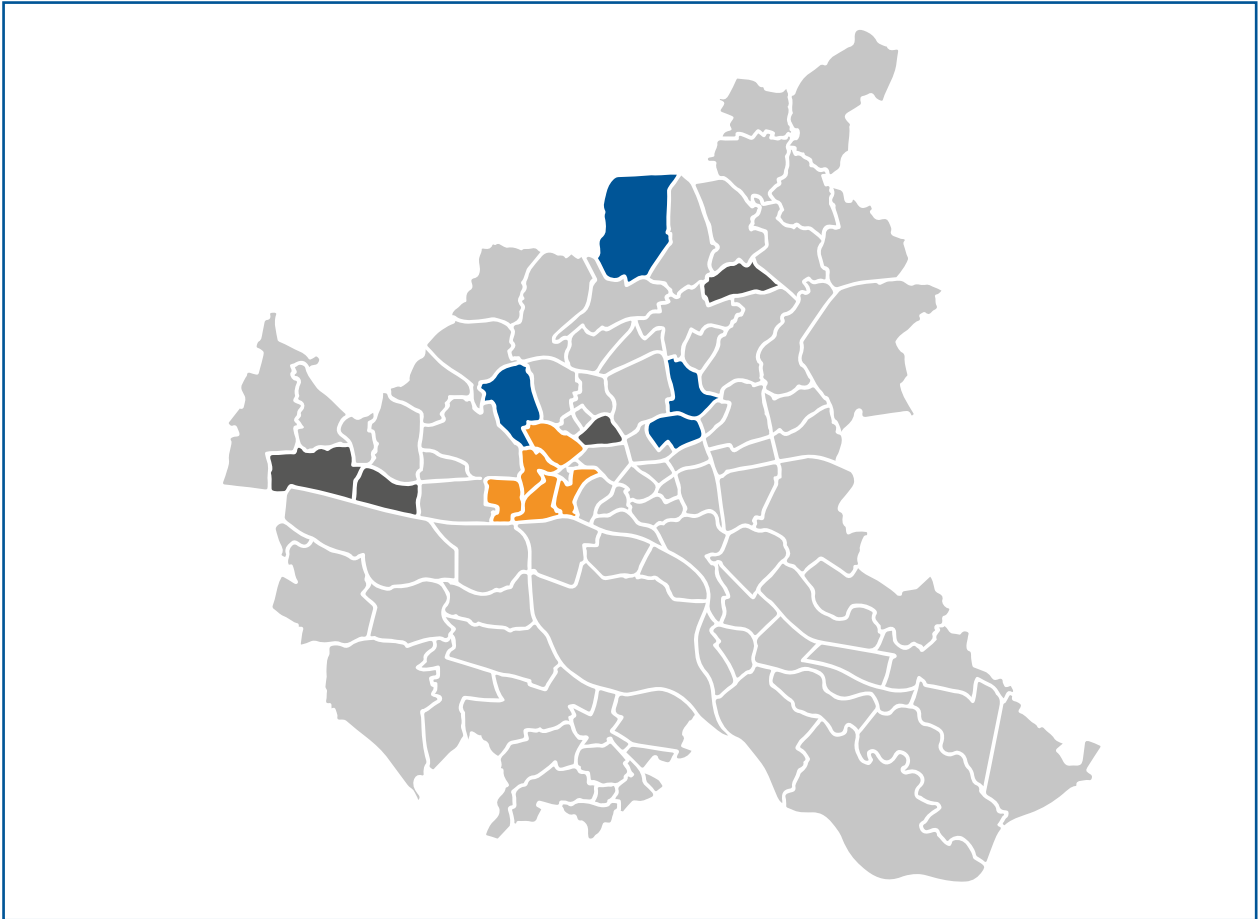
3. Methodisches Vorgehen

Für diese Studie wurde ein zweistufiger explorativer Forschungsprozess gewählt. In einem ersten Schritt wurden sechs zweistündige qualitative Online-Fokusgruppendifkussionen mit jeweils sechs bis sieben Teilnehmer_innen durchgeführt. Die offene, leitfadengestützte Diskussion ermöglichte ein tiefergehendes Verständnis von Meinungen und Argumenten, ohne die Antworten durch vorgegebene Kategorien zu begrenzen oder zu lenken. Inhalt der Fokusgruppendifkussionen waren die gegenwärtige Stimmung, das Lebensgefühl und der gesellschaftliche Zusammenhalt in Hamburg oder Bremen sowie im eigenen Stadtteil, wichtige Themen und Herausforderungen in der jeweiligen Stadt sowie die Bewertung der und Erwartungen an die Hamburger oder Bremer Politik. Insgesamt nahmen 38 Personen an den Fokusgruppendifkussionen teil, die zwischen dem 31. Mai und dem 13. Juni 2022 stattfanden.

Zur Beantwortung der oben thematisierten Fragen wurden die Gruppen außerdem nach unterschiedlichen Stadtteilen und die Teilnehmer_innen nach unterschiedlichen politischen Präferenzen aufgeteilt. Im Sinne eines effizienten Mitteleinsatzes fokussiert die Studie sich ausschließlich auf Stadtteile, in denen die drei Parteien SPD, CDU und Grüne bei der Bundestagswahl im September 2021 jeweils besonders starke Ergebnisse erzielt haben. Diese drei gingen nicht nur aus der zurückliegenden Bundestagswahl als die stärksten Parteien hervor, sondern belegten auch bei den jüngsten Bürgerschaftswahlen in Bremen (2019) und Hamburg (2020) die ersten drei Plätze. Da sie gleichwohl sehr unterschiedliche Wahlergebnisse erzielt haben, vor allem die CDU überwiegend verloren hat und die Grünen in Hamburg und Bremen stark dazugewonnen haben, richtete die Studie sich somit sowohl auf traditionelle als auch auf neue „Hochburgen“ der drei Parteien. Insgesamt wurde je Partei und je Stadt eine Fokusgruppendifkussion durchgeführt. Pro Gruppe wurden dabei ähnliche Stadtteile zusammengefasst, sodass jeweils Bewohner_innen von vier bis fünf Stadtteilen zusammenkamen, die in Bezug auf die Sozialstruktur und das räumliche Umfeld ähnlich sind. Jede_r Teilnehmer_in hat eine politische Präferenz für wenigstens eine der drei oben aufgeführten Parteien. Die Grundgesamtheit bildet die bei der Bundestagswahl in Hamburg und Bremen wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren. Soweit es die Bevölkerungsstruktur der Stadtteile zuließ, wurde bei der Auswahl der Teilnehmer_innen auf einen ausgewogenen soziodemografischen und sozioökonomischen Mix hinsichtlich Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Kindern im Haushalt, Bildung, Erwerbstätigkeit und Haushaltseinkommen geachtet, um ein möglichst diverses gesellschaftliches Bild einzufangen.

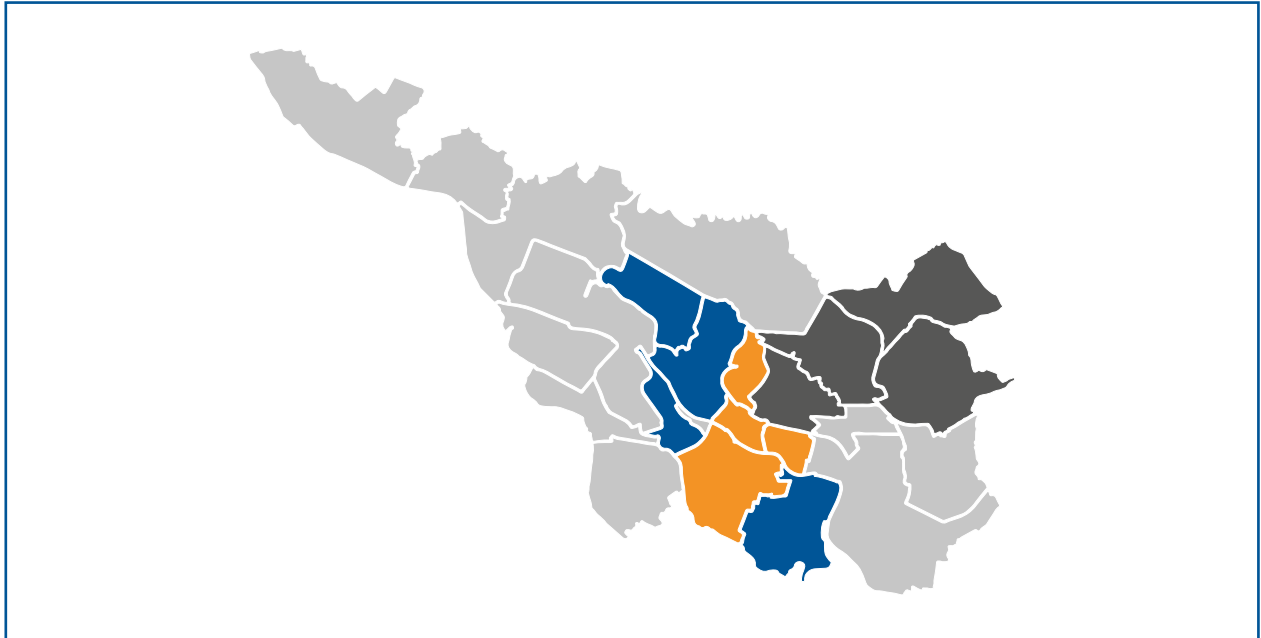
Die untersuchten Stadtteile in Hamburg:

- **Hamburg I:** Barmbek-Nord, Barmbek-Süd, Langenhorn, Stellingen
- **Hamburg II:** Altona-Altstadt, Altona-Nord, Eimsbüttel, Ottensen, St. Pauli
- **Hamburg III:** Blankenese, Nienstedten, Harvestehude, Wellingsbüttel



Die untersuchten Stadtteile in Bremen:

- **Bremen I:** Gröpelingen, Obervieland, Walle, Woltmershausen
- **Bremen II:** Findorff, Mitte, Östliche Vorstadt, Neustadt
- **Bremen III:** Borgfeld, Horn-Lehe, Oberneuland, Schwachhausen



Im Rahmen der Fokusgruppen wurde den Teilnehmer_innen ein binnen fünf Minuten auszufüllender Fragebogen in Form eines Online-Surveys vorgelegt, in dem sie grundlegende Haltungen und ihre aktuelle Stimmung darlegen sollten. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen danach, inwiefern die Menschen der Politik in ihrer Stadt grundsätzlich vertrauen, inwiefern sich die Politik in ihrer Stadt um Menschen wie sie kümmert und ob sie sich für das lokale Geschehen in ihrer Stadt interessieren.

Auf den Fokusgruppen aufbauend folgte eine zweite Forschungsstufe in der Form von zwei Triadengesprächen, einem mit Hamburger_innen und einem mit Bremer_innen. Triadengespräche sind Gruppengespräche mit drei Teilnehmer_innen, die bereits an einer der Fokusgruppendifkussionen teilgenommen hatten. Hier wurden die ersten Befunde der Fokusgruppen diskutiert, reflektiert und weiter vertieft. Die zweistündigen Triadengespräche fanden am 15. Juni 2022 statt. Die Teilnehmer_innen wurden als exemplarische „Botschafter_innen“ für ihre jeweilige Gruppe ausgewählt. Anders als in den Fokusgruppen diskutierten hier also Personen aus Stadtteilen mit stark unterschiedlichen Wahlergebnissen miteinander. So konnten die Gesprächsteilnehmer_innen direkt mit den Unterschieden zwischen den Stadtteilen konfrontiert werden – insbesondere mit Blick darauf, welche Aspekte die Stadtteile verbinden und welche sie trennen. Dies ermöglicht Erkenntnisse über den Grad der politischen Verschiedenheit der Stadtteile und über die Stärke des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Stadt bzw. in einzelnen Stadtteilen. Letztlich können auch Lösungsansätze zur Behebung von Defiziten thematisiert und für unterschiedliche Stadtteile evaluiert werden.

Für die bestmögliche Auswahl relevanter Stadtteile wurde sowohl auf traditionelle städtische „Hochburgen“ geschaut als auch auf Stadtteile, in denen die drei genannten Parteien bei der letzten Bundestagswahl im September 2021 überdurchschnittlich gute Ergebnisse für sich verbuchen konnten. Außerdem wurde die Auswahl so getroffen, dass die jeweilige Infrastruktur sowie das räumliche Umfeld der Stadtteile eine gewisse Vergleichbarkeit ermöglichen.⁶

⁶ Ein Überblick über die politischen Entwicklungen in den ausgewählten Stadtteilen ist im Anhang einsehbar.

4. Die Stimmung in Hamburg und Bremen

Norddeutsche Mentalität und Toleranz als positive Merkmale beider Städte

Grundsätzlich ist der Blick der Bewohner_innen Hamburgs und Bremens auf ihre Städte positiv. Die Lebensqualität gilt in beiden Städten als hoch. Sowohl bei den Hamburger_innen als auch bei den Bremer_innen ist zu erkennen, dass sie mit der Wahl ihrer Lebensmittelpunkte insgesamt zufrieden sind. Beiden Städten wird von ihren Einwohner_innen eine unaufgeregte norddeutsche Mentalität zugeschrieben, die allseits geschätzt wird. Darüber hinaus werden Bremen und Hamburg immer wieder als offen und tolerant beschrieben – Aspekte, auf die ihre Bewohner_innen stolz sind, wie im Rahmen der Fokusgruppen bestätigt werden konnte. In beiden Städten bescheinigen die Ortsansässigen ihren Wohnorten einen guten Ruf, der sich in Bremen vor allem in dem Image der gemütlichen Kleinstadt und in Hamburg insbesondere in der internationalen Bekanntheit der Stadt ausdrückt.

Politisches Vertrauen in beiden Städten vorhanden

Diese grundlegende Zufriedenheit zeigt sich zunächst auch dann, wenn es um politisches Vertrauen geht. Das Vertrauen in politische Akteur_innen und Institutionen ist insgesamt in beiden Städten als relativ hoch einzustufen. Im Kurzfragebogen im Rahmen der Fokusgruppen stimmten mehr als drei Viertel der Befragten eher oder voll und ganz der Aussage zu, dass sie der Politik alles in allem vertrauen. Zwischen den Städten sind nur geringe Unterschiede auszumachen. So vertrauen die Bremer_innen der Politik etwas mehr als die Hamburger_innen. Aufgrund der geringen Fallzahl können diese Ergebnisse nur erste Andeutungen liefern und lassen keine repräsentativen Schlüsse zu. Diese Werte sind vergleichsweise dennoch als eher hoch einzustufen.⁷ Das bietet einerseits Raum für optimistische Schlussfolgerungen, verdeutlicht andererseits aber auch, dass die Teilnehmer_innen der Fokusgruppen lediglich einen spezifischen Teil der Bevölkerung abbilden.

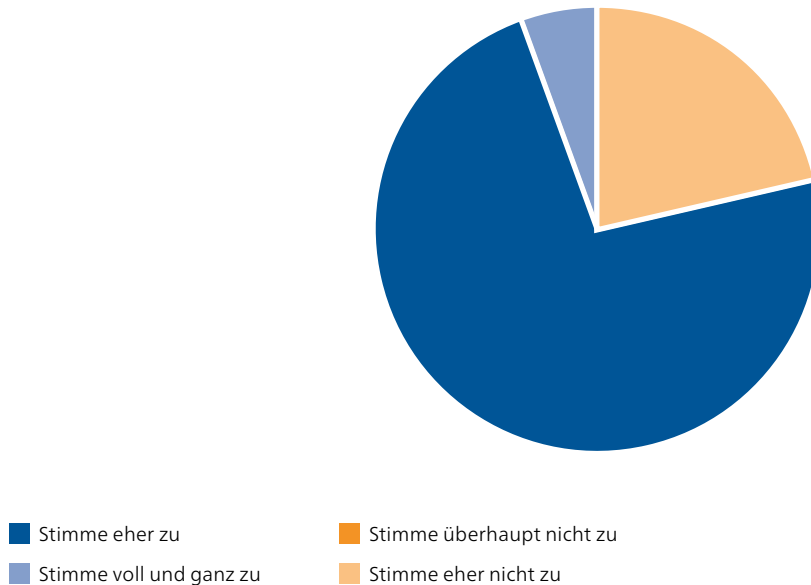
Politik wird in beiden Städten nicht durchweg als hilfreich wahrgenommen

Angesichts des großen Vertrauens in die Politik mag es verwundern, dass nur knapp die Hälfte der Teilnehmer_innen aus Bremen und Hamburg der Ansicht ist, dass die Politik sich um Menschen wie sie kümmere. Auch dieses Ergebnis stammt aus den Antworten im Kurzfragebogen. Das Zutrauen darin, dass ihre eigenen Lebensrealitäten von der Politik beeinflusst werden könnten, ist also nur teilweise ausgeprägt. Wenngleich die Antworten aufgrund der geringen Fallzahl nicht überbewertet werden sollten und immerhin noch die Hälfte der Befragten davon ausgeht, dass sich die Politik um sie kümmert, sind die Differenzen zwischen den Antworten auf

⁷ Decker, Frank; Best, Volker; Fischer, Sandra; Küppers, Anne 2019: Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

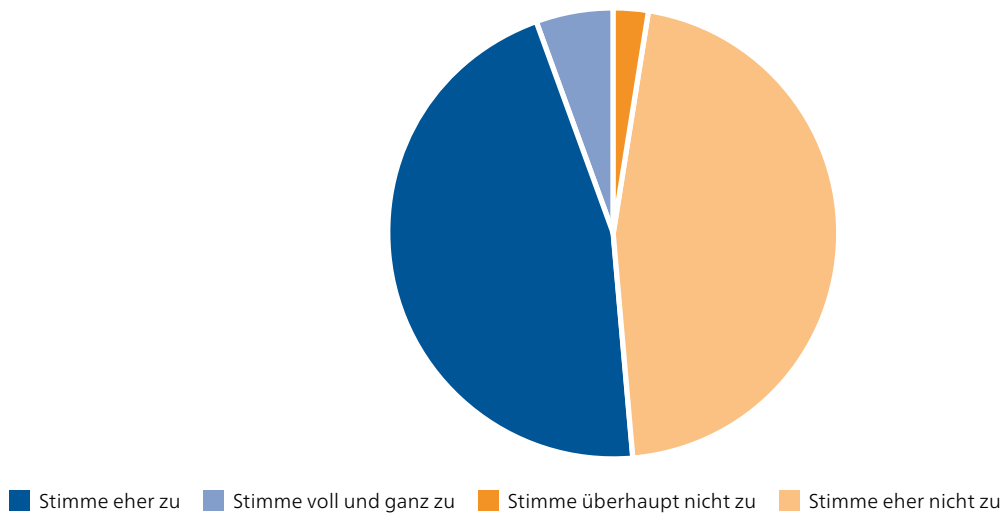
die beiden Fragen beachtlich. In Bremen sind sie etwas positiver – ein erster Hinweis auf Unterschiede in der Wahrnehmung des Lebens zwischen einer Metropole und einer mittleren Großstadt.

Abbildung 1: Alles in allem vertraue ich der Politik in Hamburg/Bremen (n=38)



Dass der Politik ein Mangel an Problemlösungskompetenz zugeschrieben wird, könnte langfristig das Grundvertrauen in demokratische Politik sinken lassen. Folge dieser Tendenz könnte eine Hinwendung zu populistischen Bewegungen, die einfache Lösungen propagieren, oder aber gar eine gänzliche Abwendung von der Politik sein. Entwicklungen wie diese sind international vielfach zu beobachten, zum Beispiel hinsichtlich der Wahlmotive der Anhänger_innen des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump in den Vereinigten Staaten. Aber auch in Deutschland ist in den vergangenen Jahren bei den meisten Wahlen die Beteiligung zurückgegangen und es konnte sich die rechtspopulistische AfD im Parteiensystem etablieren. Der Mangel an wahrgenommener Problemlösungskompetenz ist gerade für lokale politische Akteur_innen ein bedrohliches Signal, da sie sich nah an der Lebensrealität der Bürger_innen befinden.

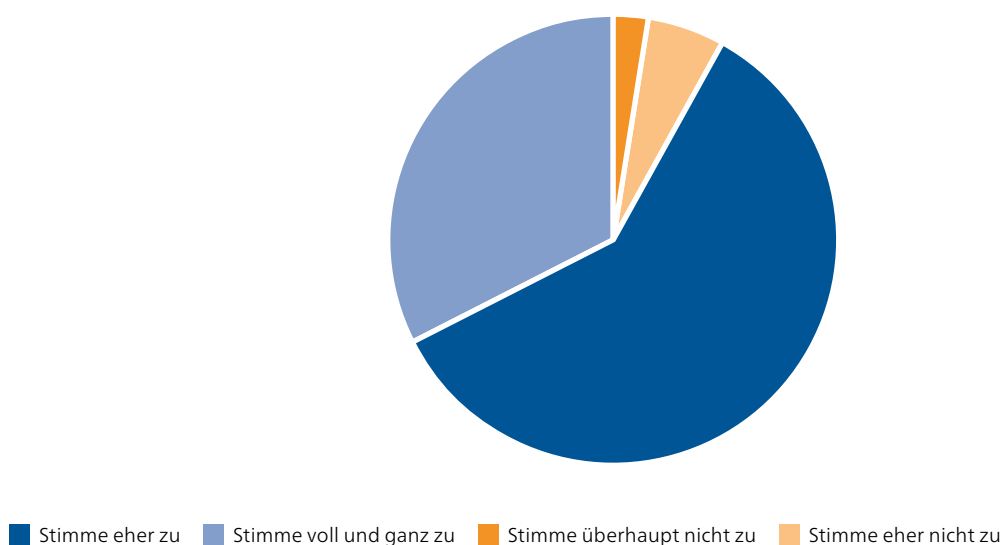
Abbildung 2: Die Politik in Hamburg/Bremen kümmert sich um Menschen wie mich (n=38)



Großes lokalpolitisches Interesse in Hamburg und Bremen

Der Kurzfragebogen hat darüber hinaus ergeben, dass fast alle Befragten die politischen Geschehnisse in ihren Stadtteilen als wichtig erachten und dementsprechend darüber informiert sein wollen. Lokalpolitische Aspekte spielten also in den Fokusgruppen aus Hamburg und Bremen eine wichtige Rolle. Allerdings sei hier erwähnt, dass an Fokusgruppen in der Regel gesellschaftspolitisch interessierte Menschen teilnehmen, die gern über das aktuelle Tagesgeschehen diskutieren und politisch überdurchschnittlich informiert sind. Es ist dennoch zu vermuten, dass nicht nur größeres politisches Interesse an sich, sondern auch unmittelbare Betroffenheit von lokalpolitischen Entscheidungen im eigenen Stadtteil eine Rolle spielt.

Abbildung 3: Es ist mir wichtig zu wissen, was politisch in meinem Stadtteil passiert (n=38)



Bremen – das „Dorf mit Straßenbahn“?

Neben diesen Gemeinsamkeiten zwischen Bremen und Hamburg wurden aber auch Stimmungsunterschiede deutlich. So betonten die Bremer_innen die Gemütlichkeit ihrer vergleichsweise kleinen Großstadt. Die in Bremen geflügelte Redensart, man lebe in einem „Dorf mit Straßenbahn“, wurde in den Gesprächen mehrfach als grundsätzlich zutreffend erwähnt. Der Blick der Bremer_innen auf Größe und Gemütlichkeit ihrer Stadt ist allerdings ambivalent. Einerseits werden die Ruhe und Behaglichkeit der Stadt geschätzt, andererseits sehnen ihre Bewohner_innen sich nach mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung. Sichtbar wird dies zum Beispiel durch die häufige Erwähnung der weltweit bekannten Bremer Stadtmusikanten. Aber auch die Bewältigung der Corona-Krise mit der im Bundesländervergleich höchsten Impfquote wurde positiv hervorgehoben. In diesem Kontext wünschen sich die Bremer_innen auch ein größeres Maß an Selbstbewusstsein und bemängeln die in „Selbstverzweigung“ übergehende Genügsamkeit als Teil der bremischen Mentalität.

Ich war in Aserbaidschan, da wurde das Musical „Bremer Stadtmusikanten“ aufgeführt. Im Flugzeug saß mal ein Koreaner neben mir, der kannte die auch! Und ein Freund in Usbekistan hat das Märchen in der Schule gelernt. Das macht schon stolz. (Bremen I)

Wie Bremen die Corona-Krise gemeistert hat, da waren wir die Besten von allen Bundesländern. (Bremen II)

Wir haben eine kleine große Stadt, die Wege sind kurz. Ich war in Berlin, München, Hamburg, ich finde die Städte furchtbar. Für Touristen sind sie schön, nicht, um da zu wohnen. (Bremen II)

Hamburg – Kulturmetropole, internationales Flair und das „Tor zur Welt“?

Auch den hamburgischen Claim, man sei das „Tor zur Welt“, erwähnen die Teilnehmer_innen der Fokusgruppen ungefragt. Die Bewohner_innen der Stadt schätzen das Image und die internationale Bekanntheit derselben. Insbesondere das kulturelle Angebot und die vielen Möglichkeiten einer Großstadt heben die Hamburger_innen immer wieder positiv hervor. Die vielen Parks, Freizeitmöglichkeiten und das Bild der „Kaufmannsstadt“ stehen den Teilnehmer_innen zufolge für ihre Stadt. Das Leben in einer Metropole lässt bei deren Bewohner_innen aber auch klassische Stressthemen hervortreten – insbesondere die Wohnkosten. Auch die hohe Anzahl von Tourist_innen wird vor allem in zentral gelegenen Stadtteilen negativ bewertet. So entsteht teilweise ein Widerspruch: Schließlich sind die vielfältigen Freizeitmöglichkeiten und das breite Kulturangebot Gründe dafür, dass Menschen Hamburg besuchen. Auch wenn den Teilnehmer_innen der Fokusgruppen dieser

Widerspruch bewusst ist, fällt es hier schwer, die Aspekte gegeneinander aufzuwiegen und abzuwägen, was ihnen wichtiger ist. Die Hamburger_innen möchten nicht auf die Vorteile einer Metropole verzichten, aber gleichzeitig die Stressfaktoren des Großstadtlebens minimieren.

Es muss mal etwas mehr für uns gemacht werden und nicht immer nur für die Touristen. (Hamburg II)

Was man in Hamburg alles machen kann, ist schon toll – man kommt bei dem kulturellen Angebot ja kaum hinterher. (Hamburg II)

So zeigt sich, dass sowohl Bremer_innen als auch Hamburger_innen ihre Stadtimages ambivalent betrachten. Dabei wünschen sich die einen vor allem mehr Ruhe und die anderen größere Anerkennung über die Grenzen der Stadt hinaus – streben also nach dem, was die jeweils andere Stadt dem Eindruck nach verstärkt mit sich bringt.

Großstadt im Einklang oder viele kleine Städte auf engem Raum?

Darüber hinaus zeigen sich auch Unterschiede mit Blick auf den Zusammenhalt in der Stadt und bei der Frage danach, ob dieser gesamtstädtisch vorhanden ist oder sich eher auf einzelne Stadtteile bezieht. Im Vergleich zur ländlichen Bevölkerung wird Großstadtbewohner_innen nachgesagt, dass sie ein individualisiertes Leben führten, in dem es weniger kollektive Anknüpfungspunkte gebe. In Bezug auf Bremen lässt sich diese These nicht bestätigen. Es besteht hingegen eine starke Identifikation mit der gesamten Stadt Bremen. Die Einwohner_innen fühlen sich explizit als Bremer_innen. Eine Orientierung an Stadtteilen, wie wir sie in Hamburg stärker beobachten konnten, ist in Bremen kaum erkennbar. So zeigten die Diskussionsteilnehmer_innen sowohl Interesse am Leben in anderen Bremer Stadtteilen als auch Kenntnisse darüber. Auch die Mobilität zwischen den Stadtteilen ist hier relativ groß, ein Abschotten im eigenen „Kiez“ kaum zu beobachten. Unterschiede zwischen Stadtteilen werden zwar teilweise wahrgenommen und teils auch problematisiert, ein negativer Einfluss auf ein kollektives „Bremer Gefühl“ ist demgegenüber allerdings nicht auszumachen. Dennoch ist zu erwähnen, dass Bremer_innen sich teilweise an der Homogenisierung einzelner Stadtteile stören und sich eine stärkere Durchmischung unterschiedlicherer Milieus wünschen. Mit Blick auf das Land Bremen sei hier ergänzt, dass Bremerhaven, die zweite Stadt des Bundeslandes, in den Diskussionen keine Rolle spielte, in der Wahrnehmung der Bremer Stadtbewohner_innen also offenkundig außen vor ist.

Die Stadtteile unterscheiden sich schon sehr, aber am Ende sind wir alle Bremer und wenn Werder spielt, jubeln wir. (Bremen I)

Am Steintor ist es geballt, aber das Gemischte gibt es nicht mehr. Jeder dritte Laden ist ein Barbershop. (Bremen II)

Früher hatte ein Stadtteil wie Gröpelingen Charme und der Ausländeranteil war gering. Das hat sich verändert, Gröpelingen gehört fast nicht mehr zu Bremen. (Bremen III)

In Hamburg ist vor allem in innerstädtischen Bereichen, die durch Zuzug und steigende Kosten unter großem Preisdruck stehen, ein Rückzug in das eigene Viertel zu beobachten. Außerdem geht diese Entwicklung einher mit der Sorge, dass auch die Identität des eigenen Viertels verschwinden könnte. Erhöhter Problemdruck auf engem Raum führt hier zu einem kollektiven Bewusstsein, das sich jedoch nicht auf ganz Hamburg, sondern auf die direkte Umgebung und damit einzelne Stadtteile bezieht. Hamburger_innen aus eher gentrifizierten Stadtteilen identifizieren sich eher mit Leidensgenoss_innen, die möglicherweise unter ähnlichen Stresssituationen leiden wie sie selbst und sich in ihrer räumlichen Nähe bewegen. Darüber hinaus wird deutlich, dass die Bewohner_innen von Stadtteilen wie St. Pauli oder Ottensen bei allen Problemen einen gewissen Stolz auf die Lebensweise in ihren Stadtteilen verspüren und generell gerne dort leben. Ein kollektives „Hamburg-Gefühl“ ergibt sich hingegen vor allem in Außenbezirken, deren Einwohner_innen identitäre Aspekte ihres Wohnorts fast ausschließlich auf das erwähnte Image der Weltstadt beziehen. In diesen Stadtteilen wird Gentrifizierung vor allem anhand der Zunahme von kulturellen und gastronomischen Angeboten sowie der allgemeinen Lebendigkeit des Viertels wahrgenommen. Hier werden diese Prozesse also (noch) positiv beurteilt, da sie zunächst zu einem attraktiveren und erlebnisreicheren Umfeld für die Ortsansässigen führen. In Hamburg leben die Einwohner_innen unterschiedlicher Stadtteile also eher nebeneinander her, was in Addition mit dem erhöhten Metropolenstress durch wachsenden Tourismus und mit einem überhitzten Wohnungsmarkt langfristig erhebliche gesellschaftliche Spaltungspotenziale mit sich bringt, die langfristig auch politischen Sprengstoff bedeuten. Hier werden konkrete Erfahrungen geschildert, in denen die polarisierte Stimmung und gesellschaftliche Risse deutlich werden.

Seit Corona haben die Menschen sich extrem gesplittet, durch den Krieg noch mal. Es teilt sich auf in Missgunst. Im Lockdown war es schöner. (Hamburg III)

Teilweise benehmen Menschen sich schrecklich, erwarten aber Toleranz. (Hamburg III)

Die wohlhabenden Eltern kaufen für die Kiddies eine Wohnung. Es wird immer voller. (Hamburg II)

Jeder Stadtteil hat ein eigenes Gesicht. Wie eine Großfamilie: Man kennt sich schon, aber jeder hat seinen eigenen Charakter. (Hamburg II)

Es zeigt sich insgesamt, dass die Lebensqualität sowohl in Hamburg als auch in Bremen aus verschiedenen Gründen als relativ hoch eingeschätzt wird. Dennoch besteht in beiden Städten politischer Handlungsbedarf und ein – allerdings als unterschiedlich stark empfundener – Problemdruck im Hinblick auf Themen, die im folgenden Kapitel dargestellt werden.



5. Die wichtigsten politischen Themen

Sowohl in Hamburg als auch in Bremen stehen für die Menschen politische Themen im Vordergrund, die für Städte dieser Größenordnung typisch sind. Wenn auch in beiden Städten, wie zuvor beschrieben, eine grundsätzliche Zufriedenheit der Befragten mit ihrer Lebenssituation festzustellen ist, so nehmen diese doch bestimmte Probleme wahr, die sie milieuübergreifend thematisieren. Übereinstimmend erregt in beiden Städten die Verkehrsplanung die Gemüter. Darüber hinaus haben die Bewohner_innen beider Städte mit unterschiedlichen Herausforderungen zu kämpfen.

5.1 Die wichtigsten Themen in Hamburg

Wohnen bei den Hamburger_innen als das zentrale Problemfeld: Kann „der Markt das regeln“?

In allen untersuchten Stadtteilen Hamburgs sind der Wohnungsmangel und hohe Mietpreise zentrales Thema bei deren Bewohner_innen. Bestimmte Stadtteile sind für viele nach eigener Aussage mittlerweile nicht mehr oder kaum noch bezahlbar. Über alle Gruppen hinweg wird verstärkt ein aktives Eingreifen in den Wohnungsmarkt seitens der Politik gefordert. Die Vorschläge reichen von verstärktem sozialem Wohnungsbau bis zur Bebauung des „Speckgürtels“, also der Ortschaften jenseits der Stadtgrenze. Den Bürger_innen ist bewusst, dass der Zuzug in „ihre Stadt“ weitergehen wird. Sie reflektieren die Notwendigkeit von neuem Wohnraum und sind sich der zukünftigen Verschärfung der Problemlage sehr bewusst. Auch Maßnahmen wie der in Berlin vor Gericht gescheiterte „Mietendeckel“ oder eine Mietpreisbremse sind für die meisten Teilnehmer_innen kein rotes Tuch und vor allem nicht (mehr) ausschließlich Thema der politischen Linken. Gleichzeitig macht sich aber eine gewisse Ratlosigkeit breit, da die genannten Maßnahmen als kaum Erfolg versprechend angesehen werden – hier wird also wiederum die Handlungsfähigkeit der Politik an sich bezweifelt. In den untersuchten Stadtteilen Blankenese, Nienstedten, Harvestehude und Wellingsbüttel wird vereinzelt betont, dass nicht nur die Politik, sondern auch die Bürger_innen selbst in der Verantwortung stünden. So müsse jede_r bereit sein, außerhalb des Stadtzentrums zu leben. Vor allem Bürger_innen, die beispielsweise gerne Grünflächen vor der Haustür haben oder in geräumigen Wohnungen leben wollen, müssten demnach ihre Ansprüche herunterschrauben – oder eben entsprechende Preise in Kauf nehmen. In den anderen Hamburger Gesprächsgruppen wurden solche Positionen hingegen nicht geäußert.

Wo der Problemdruck am größten ist, werden die schärfsten Maßnahmen gefordert. Das betrifft vor allem die zentral gelegenen Stadtteile wie Altona-Altstadt, Altona-Nord, Eimsbüttel, Ottensen und St. Pauli. Hier steht vor allem der Schutz der Bestandsmieter_innen im Mittelpunkt der Diskussion. Viele Stadtbewohner_innen sehen darüber hinaus kaum Möglichkeiten, innerhalb des eigenen Stadtteils umzuziehen, da sie sich auf dem Wohnungsmarkt keine neue Wohnung leisten können. Der Problemdruck ist hier so groß, dass die Lebensplanung, betreffend etwa die

Familiengründung oder -erweiterung, im Lichte der Wohnungssituation betrachtet und zumindest in einem Fall zurückgestellt wird. Dass das Thema Wohnen dadurch starke Emotionen auslöst, kann niemanden überraschen. Ängste und Sorgen der Innenstadtbewohner_innen sind virulent. Die steigenden Energiekosten verschärfen das Problem zusätzlich, da der Anteil der Wohnkosten an den Lebenshaltungskosten durch sie noch weiter steigen wird – und dies nicht nur in Vierteln der Innenstadt.

Die zu befürchtende Folge ist eine stärkere Polarisierung der Gesellschaft, da die zunehmende Belastung durch steigende Energiekosten angesichts bestehender Einkommensunterschiede unterschiedlich starke Auswirkungen hat. Soziale Ungleichheiten werden demnach bei steigenden Wohnkosten noch deutlicher sichtbar und drücken sich noch stärker darin aus, wo und wie Menschen mit höherem bzw. niedrigerem Einkommen leben. Frust und Wut werden sichtbarer und womöglich auch deutlicher artikuliert. Neue Konfliktlinien treten auf, alte werden deutlicher spürbar. Langfristig ist eine Abkehr vieler Bürger_innen von Politik und Gesellschaft zu befürchten. Schon jetzt reagiert die Hamburger Stadtbevölkerung teilweise mit einer Form ablehnender Resignation auf das Wohnproblem.

Mein Nachbar hat eine 4-Zimmerwohnung, die er nicht mehr braucht, aber er zieht nicht aus, eine kleinere Wohnung wäre genauso teuer. (Hamburg I)

4-Zimmerwohnungen kosten 1700 Euro. Bei 90 m² ist das wahnsinnig viel Geld. (Hamburg I)

Ich komme nicht mehr aus meiner Wohnung, ich sitze da fest. (Hamburg II)

Hamburger_innen im Metropolenstress: Balance zwischen Innen- und Außenwirkung gesucht

Eine weitere klassische Großstadtproblematik sind aus Sicht der Bürger_innen die zahlreichen Events und der Tourismus in Hamburg. Insbesondere Bewohner_innen der innenstädtischen Stadtteile fühlen sich gegenüber Tourist_innen benachteiligt. Der Tenor ist hier, dass politische Entscheidungsträger_innen in dem Bestreben, die Stadt nach außen gut und attraktiv darzustellen, deren Bewohner_innen vernachlässigen und also die Außenwirkung für wichtiger als das Binnenklima halten würden. Außerdem verstärken Lärm, Hektik und Überfüllung den Stress der Betroffenen. Auch hier wird deutlich, dass nicht alle Innenstadtbewohner_innen die Lebendigkeit ihres Stadtteils schätzen und vielmehr aus finanziellen Gründen in ihren Stadtteilen (und bei ihren Mietverträgen) verbleiben. Diese Situation wird als Folge einer politischen Vernachlässigung wahrgenommen, was in Frustration und Resignation mündet.

Die Reeperbahn ist wie Ballermann.
(Hamburg II)

Ich will es lieber ruhiger haben, das Gewusel ist anstrengend.
(Hamburg II)

Umsetzung der Verkehrswende in Hamburg stark kritisiert

Auch mit Blick auf die Verkehrspolitik ist eine deutliche Unzufriedenheit wahrzunehmen. Die in Hamburg viel zitierte Mobilitätswende wird kritisch gesehen. Auf den ersten Blick wird der Wandel zu einer fahrradfreundlichen Stadt zwar sehr positiv bewertet – die allermeisten Teilnehmer_innen stimmen einer solchen Entwicklung grundsätzlich zu. Allerdings wird die Umsetzung stark kritisiert. Zum einen mangelte es bei den neuen Fahrradwegen an Sicherheit für alle Verkehrsbeteiligten. Zum anderen werden derartige bereits umgesetzten Maßnahmen wie die erwähnte Einrichtung neuer Radwege als realitätsfern und aktionistisch kritisiert. Darüber hinaus fühlen sich vor allem Bewohner_innen äußerer Stadtteile in der Verkehrsplanung übergangen, da sie nach eigener Aussage auf ihr Auto angewiesen sind und etwa durch unkoordinierte Baustellen Anfahrtswege verlängert werden. Begeisterung für autofreie Zonen findet sich in keiner der Gesprächsgruppen. Auch für die innenstädtischen Einwohner_innen scheint dies kein effektives Mittel gegen den Lärm und die Hektik der Großstadt zu sein. Die verkehrspolitische Haltung der Befragten ist insgesamt widersprüchlich. So wird zwar lautstark eine ökologische Verkehrspolitik gefordert, aber ebenso intensiv gegen konkrete Maßnahmen und die daraus resultierenden Einschränkungen für den eigenen Alltag gewettert. Die Stadtbewohner_innen wollen den Preis einer klimafreundlichen Verkehrswende zum jetzigen Zeitpunkt nicht selber zahlen. Zumindest in Bezug auf die Teilnehmer_innen der Fokusgruppen kann durchaus von einem Bekenntnis zum Auto in der Stadt gesprochen werden. Offen bleibt dabei, inwiefern eine effektivere Verkehrsplanung, zum Beispiel durch eine Verbesserung des ÖPNV-Angebots oder einen großflächigen Ausbau von Radwegen, dieser Stimmung entgegenwirken könnte.

Ein weiterer Hebel könnte in der Tat der ÖPNV sein, der in den Fokusgruppen ebenfalls problematisiert wird. Vor allem dessen Taktung spielt eine wichtige Rolle. Gerade die Bewohner_innen stadtrandnaher Viertel geben an, dass diese zu gering sei. Außerdem lasse sich kaum Zeit einsparen, vielmehr würden Arbeitswege durch die Nutzung des ÖPNV noch mehr Zeit kosten, sodass er nach jetzigem Stand für die meisten keine gute Alternative zum Auto darstellt. Darüber hinaus werden die Ticketpreise angesprochen, die als zu hoch angesehen werden. Deshalb betrachten die Teilnehmer_innen die Nutzung des eigenen PKW auch finanziell als alternativlos. So ist zu erklären, dass der ÖPNV nicht in allen Gruppen intensiv diskutiert wird. Das 9-Euro-Ticket, das gerade eingeführt wurde, als die ersten Fokusgruppensprechungen stattfanden, spielt interessanterweise kaum eine Rolle. Möglicherweise ist dies darauf zurückzuführen, dass die Medienberichterstattung rund um das Ticket – das erste „9-Euro-Ticket-Wochenende“ stand im Falle der meisten Gruppengespräche

noch bevor – bislang eher zurückhaltend war. Es lässt sich jedoch festhalten, dass grundsätzlich großes Interesse an einem kostengünstigeren ÖPNV-Abonnement besteht, sofern das Angebot zeitgleich durch eine höhere Taktung und eine multi-modal kombinierbare Streckenplanung verbessert wird.

Die Taktung im Speckgürtel ist ganz schlecht. Man traut sich nicht, dort hinzuziehen. (Hamburg I)

Als Fahrradfahrer würde ich mich nicht wohlfühlen zwischen den Autos. (Hamburg I)

5.2 Die wichtigsten Themen in Bremen

Verkehrsplanung in Bremen als das dringlichste Problem wahrgenommen

In Bremen steht die Verkehrspolitik im Vergleich deutlich stärker im Vordergrund. Verkehrsplanerische Aspekte in Bezug auf bestimmte Orte in der Stadt sorgen für intensive Diskussionen und bergen erhöhtes Frustpotenzial. Dies ist sicherlich auch auf die unterschiedlichen Größen von Hamburg und Bremen zurückzuführen. In kleineren Städten sind problematische Entwicklungen für alle Bürger_innen schneller sichtbar, eher am eigenen Leib erfahrbar und somit auch in Diskussionen stärker vertreten. So ist auch zu erklären, dass das Interesse an lokalpolitischen Entwicklungen in einer Stadt wie Bremen größer als in Hamburg ist. Exemplarisch hierfür steht die Kritik am Ausbau von Radwegen in der Bremer Martinistraße, der mehrfach explizit genannt wurde.

Insgesamt wird die Verkehrssituation innerhalb Bremens aber größtenteils gelobt. Vor allem in innenstädtischen Bereichen in Findorff, Mitte, der Östlichen Vorstadt sowie der Neustadt wird die Fahrradfreundlichkeit Bremens positiv hervorgehoben. Die erwähnten Änderungen in der Verkehrsplanung (insbesondere in der Martinistraße) werfen aber die Frage auf, inwiefern dieses Image langfristig beibehalten werden kann. Grundsätzlich besteht auch in Bremen die Sorge, dass die Planung lediglich entlang einer Gruppe von Verkehrsteilnehmer_innen – primär den Fahrradfahrer_innen – stattfindet und nicht ganzheitlich alle Gruppen im Blick hat. Auch die Trägheit der Verwaltung ist den Bremer_innen ein Dorn im Auge – sie wünschen sich vielmehr zügige und dennoch wohlüberlegte Entscheidungen.

Die Brücke über die Weser ist geplant, aber am Sankt Nimmerleins-Tag. (Bremen I)

Bremer_innen in Sorge um die Innenstadt

Diese Unzufriedenheit mit der Langsamkeit von Planungsprozessen wird auch deutlich, wenn es um die Entwicklung in der Innenstadt geht, mit der die Bremer_innen über alle untersuchten Stadtteile hinweg unzufrieden sind. Diesbezüglich wird insbesondere der Leerstand kritisiert, der durch die schwache wirtschaftliche Lage Bremens verstärkt werde. Das Schrumpfen des Freizeit- und Einkaufsangebots in der Innenstadt spüren die Bremer_innen unmittelbar. Der Ruf nach einem politischen Konzept, das diese Probleme ganzheitlich und über eine bloße Bekämpfung der Symptome hinaus aktiv angeht, ist deutlich zu vernehmen. Auch wenn das Thema Leerstand in der Innenstadt für Unzufriedenheit sorgt, lassen sich aus dem Themenkomplex Innenstadt keine politischen Spaltungstendenzen ableiten. Der Leerstand wird (bislang) eher als gemeinsamer Störfaktor wahrgenommen. Die schlechte wirtschaftliche Lage, die von vielen Bremer_innen angesprochen wird, könnte jedoch zukünftig die Polarisierung verstärken. So wird teilweise im selben Kontext auch die hohe Arbeitslosenquote Bremens thematisiert.

Die Innenstadt bleibt leer stehen und verschmuddelt, das stört mich wirklich sehr. (Bremen II)

Die Stadt wird immer unattraktiver, sie ist städteplanerisch auf dem Stand der 70er Jahre. (Bremen II)

Vandalismus und mangelndes Sicherheitsgefühl verunsichern die Bremer_innen

Etliche Bremer_innen fühlen sich in bestimmten Gegenden der Stadt nicht sicher und führen dies ebenfalls auf mangelndes politisches Management zurück. Beispielsweise ist immer wieder von einem Drogenproblem rund um den Hauptbahnhof die Rede, das gelöst werden müsse. Konkrete politische Maßnahmen hiergegen registrieren die Bürger_innen bislang nicht. Sie nehmen vielmehr eine deutliche Verschlechterung der Sicherheitslage wahr. Auch wenn die Bremer Kriminalitätsstatistik dafür keine reale Grundlage bietet, müssen diese Unsicherheitsgefühle politisch ernst genommen werden. Die Themen innere Sicherheit und Vandalismus wecken – zum jetzigen Zeitpunkt – jedoch kaum Emotionen bei den Befragten, so dass sie nur in geringem Maße polarisierend wirken. Langfristig können die Wahrnehmung von Abstiegtendenzen sowie das Gefühl der Unsicherheit das Vertrauen in die Politik und ihre Entscheider_innen aber erodieren lassen. Die Beschaulichkeit, die die meisten Bremer_innen an ihrer Stadt schätzen, droht bei Missachtung dieser Problematik verloren zu gehen. Aufgrund der Emotionalität des Themas sind auch kurzfristige Dynamiken nicht auszuschließen, die Fragen der Sicherheitspolitik im Falle eines entsprechenden Vorfalls in kurzer Zeit hochkochen lassen könnten.

Der Bahnhof ist der größte Schandfleck Bremens, da gibt es ein sichtbares Drogenproblem. (Bremen II)

Ich fühle mich in Findorff eigentlich sehr sicher, aber ab einer gewissen Uhrzeit würde ich nicht mehr alleine rausgehen. (Bremen II)

Wohnen und Mieten in Bremen nicht so stark thematisiert wie in Hamburg

Zu erwähnen ist auch, welche Themen die Bremer_innen nur bedingt beschäftigen. Zunächst sei hier die in Hamburg oft zu hörende Sorge um das Wohnen und die Mietpreise genannt. In Bremen sind diese Aspekte auf der politischen Agenda der Befragten nicht so dominant. Lediglich in den innenstädtischen Vierteln wird vereinzelt von Mieterhöhungen und damit negativen Auswirkungen der Gentrifizierung gesprochen. Insgesamt überwiegt aber auch in diesen Vierteln ein positiver Blick, der davon ausgeht, dass sich die Stadtteile eher zum Besseren gewandelt hätten – ähnlich der Position der Hamburger_innen aus Vierteln am Stadtrand. Dieser vergleichsweise unkritische Blick auf Gentrifizierung in Bremen ist auf den geringeren Leidensdruck zurückzuführen. So sind die Wohnkosten in Bremen insgesamt niedriger und auch der Zuzug ist geringer als in der Metropole Hamburg. Langfristig muss aber politisch beachtet werden, dass steigende Energiepreise auch in Bremen (und Bremerhaven) den Druck auf Mieter_innen erhöhen und die Stimmung sich schnell ändern kann. Entsprechend birgt die aktuelle Debatte über Energiekosten und -versorgung gesellschaftlichen Sprengstoff und muss politisch intensiv begleitet werden – auch im Land Bremen.

Klassische Bremer „Sorgenthemen“ stehen in der Wahrnehmung eher hinten an

Ebenfalls kaum erwähnt werden klassische Bremer Problemthemen der vergangenen Jahrzehnte. Hier sei zunächst das Thema Bildung genannt, das in den Fokusgruppen nicht ohne explizite Nachfrage der Moderation angesprochen wurde. Dabei belegt Bremen in Bildungsrankings wie der PISA-Studie fast schon traditionell einen der hinteren Plätze. Lediglich bei denjenigen, die Kinder im schulpflichtigen Alter haben, sorgt das Thema für leichten Unmut. Andererseits werden im selben Atemzug positive Aspekte der Bremer Bildungspolitik, wie beispielsweise die Lehrmittelfreiheit, herausgestellt. Außerdem wird die Stadt Bremen als Wissenschaftsstandort vereinzelt gelobt. Der positiv gemeinte Verweis auf die Lehrmittelfreiheit lässt ein soziales Bewusstsein der Bremer_innen erkennen. In diesem Kontext wird darüber hinaus die Unterstützung durch die Ausstattung von Schüler_innen mit digitalen Endgeräten während der Corona-Pandemie hervorgehoben. Möglicherweise ist den Teilnehmer_innen das Prinzip der Fairness wichtiger als leistungsabhängige Bewertungen in Rankings. Außerdem lässt sich der Eindruck gewinnen, dass sich die Bremer_innen

an die vergleichsweise schlechte externe Bewertung des eigenen Bildungssektors gewöhnt haben, wodurch eine allzu emotionale Reaktion verhindert wird.

Auch die hohe Verschuldung – kein Land hat eine so hohe Pro-Kopf-Verschuldung des öffentlichen Haushalts wie Bremen – ist für die Bürger_innen zweitrangig und die Gespräche über das Thema zeigen dementsprechend eine geringe emotionale Intensität. Wie auch bei der Bildungspolitik scheint sich ein Gewöhnungseffekt eingestellt zu haben. Auch hier drückt sich die bereits erwähnte grundsätzliche Zufriedenheit der Bremer Bürger_innen aus: Finanzpolitische Probleme werden zwar gesehen, aber nicht als dringlich empfunden und die Auswirkungen auf das eigene Leben als gering eingeschätzt.

Bremen und Hamburg haben mit unterschiedlichen Herausforderungen zu kämpfen. Steht in Hamburg insbesondere die Balance zwischen Metropole und lebenswerter Stadt im Zusammenhang mit dem alles überschattenden Wohnthema im Vordergrund, wünschen sich die Bremer_innen eine bessere Infrastruktur- und Verkehrsplanung, die alle Bürger_innen berücksichtigt. Insbesondere die Stressthemen in Hamburg deuten in Teilen eine gesellschaftliche Polarisierung an, die die Bürger_innen bereits registrieren und problematisieren. Demgegenüber ist der Gedanke der Solidarität unter den Bremer_innen prägender.

Die Bremer Schulden sind nicht meine Schulden. Das wird schon irgendwie klappen. (Bremen I)



6. Wie blicken die Stadtbewohner_innen auf die Politik?

Corona-Politik in beiden Bundesländern im Bewusstsein der Bürger_innen

Die grundsätzliche Zufriedenheit der Bewohner_innen beider Städte spiegelt sich zunächst auch im Blick auf die Politik und ihre Protagonist_innen wider. Über jeweils alle Stadtteile hinweg ist eine grundsätzliche Zufriedenheit mit Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte bzw. mit dem Ersten Bürgermeister Hamburgs Dr. Peter Tschentscher zu erkennen. Prinzipiell wird anerkannt, dass die Politik einen positiven Einfluss auf das Zusammenleben in der Stadt hat. Deutlich wird dies vor allem dann, wenn die Corona-Politik thematisiert wird. Vor allem in Bremen wird die Pandemie-Politik des Senats und explizit von Bürgermeister Andreas Bovenschulte sehr positiv gesehen und als Imageverbesserung für die Stadt bewertet. Die Bremer_innen sind geradezu stolz auf „ihre“ Corona-Politik. In Hamburg gibt es lediglich vereinzelt Kritik an im Vergleich zu anderen Bundesländern harten Maßnahmen zum Infektionsschutz. Im Großen und Ganzen ist auch hier eine hohe Zufriedenheit mit der Pandemie-Politik des Senats auszumachen. Die Verantwortlichkeit wird eindeutig den politischen Entscheider_innen zugeschrieben, denen in diesem Feld gute Arbeit bescheinigt wird. Explizit erwähnt wird auch die Vorliebe für einen nüchternen und sachlichen Politikstil, der insbesondere in Krisenzeiten wertgeschätzt wird.

Ich lebe gut in Hamburg. Da hat die Politik ja auch ihren kleinen Anteil.
(Hamburg I)

Starkes Bedürfnis nach Information und Kommunikation mit politischen Akteur_innen

In beiden Städten ist klar erkennbar, dass die Bürger_innen sich eine intensive Kommunikation mit den lokalen Politiker_innen wünschen. Das bedeutet zunächst, dass Bürger_innen bei Entscheidungen „mitgenommen“ werden wollen, vor allem wenn es um infrastrukturelle Maßnahmen geht, die das Stadtbild verändern. Möglichkeiten sind hier Beteiligungsprozesse, in jedem Fall wäre aber bereits eine starke kommunikative Begleitung solcher Maßnahmen von unschätzbarem Wert. Die Stadtbewohner_innen scheinen ein starkes Bedürfnis nach Information und Erklärung zu haben. Als positives Beispiel wird in Hamburg und Bremen jeweils die Kommunikation während der Corona-Pandemie hervorgehoben, gleichzeitig aber hinterfragt, weshalb auf anderen Politikfeldern nicht ebenso intensiv kommuniziert würde. Dazu passt der oben bereits ausgeführte Wunsch nach mehr direkter Kommunikation politischer Entscheider_innen mit Bürger_innen. In Bremen sind, möglicherweise auch aufgrund der Stadtgröße, entsprechende Anlaufstellen größtenteils bekannt. Auch wirken Politiker_innen hier nach Einschätzung der Gesprächsteilnehmenden nahbar, da sie sich in der kleineren Großstadt auch immer wieder

zeigen und die Bürger_innen sie persönlich zu Gesicht bekommen. In Hamburg vermissen vor allem innenstädtische Einwohner_innen die direkte Kommunikation mit lokalen Ansprechpartner_innen und fühlen sich von der Politik zu wenig gesehen. Analog zur Stimmung in den Stadtteilen werden hier eher Dialogangebote von Lokalpolitiker_innen erwartet, die sich tatsächlich lokal engagieren und die erwähnten Metropolenstressthemen bearbeiten wollen. In den äußeren Quartieren, deren Bewohner_innen auch das Image Hamburgs über die Stadt hinaus wichtig ist, wird hingegen auch der Wunsch nach Kontakt zur politischen Prominenz – in erster Linie zum Ersten Bürgermeister – laut.

Grundsätzlich schätzen es nahezu alle Teilnehmer_innen der Fokusgruppendifkussionen, sich mit Politiker_innen unmittelbar auszutauschen – oder zumindest die Möglichkeit zu haben, sie zu kontaktieren. Durch entsprechende Angebote fühlen sie sich wahr- und ernst genommen. Bei einem ansteigenden Problemdruck ist diese Wahrnehmung nicht zu unterschätzen und für lokalpolitische Akteur_innen nutzbar. Das zeigt sich auch darin, dass in den Fokusgruppen beispielsweise über unbeantwortete Bürger_innenanfragen geklagt wurde. Die Enttäuschung ist hierbei relativ groß – auch dann, wenn diese Erlebnisse weit in die Vergangenheit zurückreichen. Wiederum wird deutlich, dass transparente Kommunikation bei Problemlagen und politischen Vorhaben für die Bürger_innen des betroffenen Stadtteils zum Mindeststandard gehört. Die Erfahrung vieler aktiver Politiker_innen, dass Gesprächsangebote nur von einem kleinen Teil der Bürger_innen angenommen werden, widerspricht diesem Befund nicht. Vielmehr ist es für aktive Politiker_innen von hohem Wert, diesen Anspruch von Bürger_innen – also des demokratischen Souveräns – zu kennen und ernst zu nehmen.

Wenn vor dem Bäcker ein Stand steht, diskutiere ich auch gern mal mit den Parteien. (Bremen I)

Warum hört man nichts aus dem Rathaus – das ging doch während Corona auch! (Hamburg II)

Vor der letzten Landtagswahl habe ich alle Parteien wegen eines Problems angeschrieben. Da kam kaum eine Antwort zurück. (Bremen III)

Politische Anknüpfungspunkte in Hamburg vor allem auf Bundesebene

In Hamburg fällt nicht nur der unmittelbare Kontakt zu Politiker_innen schwerer. Politische Anknüpfungspunkte zeigen sich eher bei Themen der Bundes- als bei solchen der Landespolitik. Lokale Geschehnisse, wie beispielsweise das Erheben von Eintrittsgeld für den Besuch der Elbphilharmonie-Plaza (der Aussichtsplattform des Konzerthauses), spielen in den Fokusgruppen zwar eine Rolle, werden aber selten unmittelbar mit politischen Akteur_innen verknüpft. Das Interesse an lokalen Geschehnissen ist also durchaus vorhanden, diese werden aber nicht explizit mit Parteien oder Politiker_innen assoziiert. So fällt es den Personen aus Hamburg schwer zu definieren, für welche Inhalte bestimmte Parteien in Hamburg stehen. Insgesamt überstrahlen bei den Befragten in Hamburg die politischen Entwicklungen auf Bundesebene die Wahrnehmung der Landespolitik. Das zeigt sich auch daran, dass abgesehen vom Ersten Bürgermeister Peter Tschentscher kaum Hamburger Politiker_innen explizit genannt werden. Diese Einstellung ist aber nicht zwingend auf Politikverdrossenheit oder Unzufriedenheit mit politischen Akteur_innen in Hamburg zurückzuführen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass der lebensweltliche Kontext von Menschen, die in einer Metropole leben, dazu führt, dass das Interesse an lokalen Entscheidungen schlicht geringer ist. Dass das politische und gesellschaftliche Zeitgeschehen wie die Corona-Pandemie oder der Krieg in der Ukraine in den letzten Jahren und Monaten die Landespolitik überschattet hat, macht diesen Befund noch nachvollziehbarer. Wenn auch ein ruhiger, sachlicher und verwaltender Politikstil geschätzt wird, bedeutet dies für die Politik in Hamburg nicht, dass ihr Handeln so oder so ohne Folgen und Widerspruch bleibt. Gerade bei den geschilderten Stressthemen können die Akteur_innen ins – positive oder negative – Scheinwerferlicht geraten, sobald sie konkrete Maßnahmen treffen, die für die Bürger_innen im Alltag spürbar sind.

Zu den politischen Verhältnissen hier in Hamburg kann ich jetzt gar nicht so viel sagen. (Hamburg I)

Wenn ich mich über Politik informiere, dann interessieren mich meistens auch eher die großen Sachen. Also nicht unbedingt das, was hier lokal entschieden wird. (Hamburg III)

Lokalpolitik auf dem Zettel der Bremer Bürger_innen

Wie schon erwähnt, ist das politische Interesse an lokalen Themen in Bremen relativ stark ausgeprägt. Die Bremer_innen wissen, wie sie sich informieren können und was in ihrer Stadt passiert. Einzelne politische Akteur_innen werden mit bestimmten Maßnahmen in der Stadt verknüpft und auf dieser Basis positiv oder negativ bewertet. Lokales Geschehen wird in den Fokusgruppen aktiv angesprochen und es werden also auch Verantwortlichkeiten herausgestellt. Bis auf wenige Ausnahmen fallen diese Bewertungen positiv aus. Letztlich ist das vermehrte Interesse auch hier, wie bereits anhand der Verkehrspolitik erläutert, auf die Stadtgröße zurückzuführen. Bremer_innen sind nicht politischer als Hamburger_innen – ihnen fällt es aber leichter, sich in einer kleineren Großstadt zu orientieren und zu informieren. Darüber hinaus sind Veränderungen hier auch leichter spürbar, da die Wahrscheinlichkeit für Bremer_innen größer ist, dass sie mit ihnen unmittelbar in Kontakt kommen.

Die politische Bewertung erfolgt vor allem über Personen und ist damit fast parteiunabhängig. Die Bremer_innen folgen hier klassischen kommunalpolitischen Mustern, in denen Parteien für die Bewertung von lokalen Politiker_innen eine geringere Rolle spielen als auf Bundesebene. Letztlich muss das nicht negativ sein, verweist es doch auf das politische Interesse der Bevölkerung an Sachfragen. Andererseits kann eine verstärkte Personalisierung dazu führen, dass politische Bewertungen ausschließlich anhand von Personen und Sympathiewerten getroffen werden, was mit einem Ausblenden grundlegender politischer Werte einhergehen kann. Eine verstärkte Fokussierung auf Personen ist in den letzten Jahren auch in der Landespolitik auszumachen – also nicht nur in Bremen oder Hamburg. So weisen die meisten Ministerpräsident_innen sehr hohe Zustimmungswerte auf. Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung weiter vorangetrieben, da sich die Regierungschef_innen der Länder in der Krise stark profilieren und bundespolitisches Gehör finden konnten. Sowohl in Bremen als auch in Hamburg wird diese bundesweite Aufmerksamkeit für den eigenen Bürgermeister positiv wahrgenommen.

Wenn ich wissen will, was in Bremen passiert, gucke ich „buten un binnen“⁸ – das ist Standardprogramm für mich! (Bremen II)

In welcher Partei der ist, spielt für mich gar nicht so eine große Rolle – Hauptsache, er macht gute Politik! (Bremen III)

⁸ „buten un binnen“ ist das Regional- und Lokalmagazin für Bremen und Bremerhaven sowie die Dachmarke des Senders Radio Bremen für regionale Information in Fernsehen, Hörfunk und online.

Hamburger_innen wollen politisches Handeln

Wenngleich auch in Hamburg eine grundsätzliche Zufriedenheit der Bürger_innen mit der eigenen Stadt besteht, werden im Rahmen der Schilderungen der oben ausgeführten Problemthemen wie Wohnen und Tourismus direkte politische Maßnahmen und ein drastisches Eingreifen gefordert. Bei diesen Themen scheint der Problemdruck so stark, dass lediglich begleitende Kommunikation nicht ausreicht, um die Bürger_innen zufriedenzustellen. Die Teilnehmer_innen aus den Fokusgruppen in Hamburg empfinden die Lösung dieser Probleme explizit als politische Aufgabe. Andererseits stellen sie selbst infrage, ob die Politik diese Probleme überhaupt lösen kann. Insbesondere die Mietpreisproblematik ist für die Bürger_innen nicht neu. Dass der seit vielen Jahren zu verzeichnende Anstieg der Preise nicht gestoppt werden konnte, führt zu Misstrauen in die Fähigkeiten und Möglichkeiten von Politik insgesamt. Wenn politische Entscheider_innen diese Probleme langfristig nicht lösen können, ist gerade in urbanen Regionen eine steigende Politikverdrossenheit oder zumindest starke Unzufriedenheit mit den handelnden Akteur_innen zu befürchten. Wie stark diese Tendenz bereits jetzt ist, lässt sich nur schwer beurteilen. Diese Studie hat ergeben, dass ein politisches Grundvertrauen nach wie vor vorhanden ist, mit dem aber sorgfältig umgegangen werden muss, um die Bürger_innen nicht weiter zu frustrieren. Der Wunsch nach starken politischen Eingriffen in die eigene Lebenswelt ist in Bremen deutlich geringer. Große politische Unzufriedenheit äußert sich nur sehr begrenzt.

Im Großen und Ganzen bin ich mit der Politik einverstanden, ich finde es gut.
(Bremen I)

Es sollte auch in Hamburg mal versucht werden, so einen Mietendeckel durchzusetzen. So wie man das in Berlin auch wollte. (Hamburg I)

Politisches Engagement eher gering

Den Teilnehmer_innen aus den Fokusgruppen fällt es schwer, sich Szenarien vorzustellen, in denen sie sich lokalpolitisch engagieren würden. Dies gilt in Hamburg und Bremen gleichermaßen, auch wenn das Interesse an lokalen Gegebenheiten in Bremen vergleichsweise höher ist. In der Diskussion über ein mögliches eigenes Engagement wird deutlich, dass die Befragten dessen mögliche Wirksamkeit als gering einschätzen. Niemand vertritt die Ansicht, politisches Engagement könnte etwas an der persönlichen Situation ändern. Da wir, wie eingangs erwähnt, damit rechnen müssen, mit überdurchschnittlich politisch interessierten Bürger_innen gesprochen zu haben, ist diese geringe Selbstwirksamkeitserwartung beachtlich. Von einem Misstrauen in das politische System an sich kann hier aber noch nicht gesprochen werden, wie an anderer Stelle aufgezeigt wurde. Um dem zu beobachtenden Gefühl zu begegnen, Politik sei weit entfernt von „Normalbürger_innen“ und das eigene politische Handeln könne keine positiven Auswirkungen zeitigen, können Beteiligungsangebote potenziell Engagierten aufzeigen, was sie – gerade

lokalpolitisch – sehr wohl bewegen können. Denn die Bürger_innen dürfen sich selbst nicht aus der Verantwortung nehmen, auch sie sind entscheidend dafür, wie ihr direktes Umfeld aussieht. Aber auch für Parteien besteht hier eine Bringschuld, der sie gerecht werden können, indem sie beispielsweise intensiver an den lokalen Problemen arbeiten und gemeinsam mit Bürger_innen sowie mit Akteuren aus der organisierten Zivilgesellschaft Lösungen erarbeiten.

Parteilpolitische Vorlieben sind stadtteilbedingt – Bremen und Hamburg durchaus vergleichbar

Grundsätzlich konnte die Sinnhaftigkeit der Auswahl der Stadtteile im Rahmen der Fokusgruppengespräche bestätigt werden. Die parteipolitischen Präferenzen sind in den Stadtteilen unterschiedlich und orientieren sich an den jeweiligen Einstellungen und Bedürfnissen der dort lebenden Menschen. Zwar sind, wie dargelegt, durchaus Unterschiede spürbar, die aber nicht zwingend für eine starke politische Polarisierung sprechen. Hierbei sei einschränkend daran erinnert, dass diese Studie sich auf Stadtteile beschränkt, in denen die SPD, die CDU und die Grünen überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielt haben, und dementsprechend vor allem Wähler_innen dieser Parteien in den Fokus nimmt. Nähme man Anhänger_innen anderer Parteien intensiver in den Blick, könnte dies also stärkere Polarisierungstendenzen aufzeigen. Mit Blick auf die Anzahl der Wähler_innen der drei hier genannten Parteien in Bremen und Hamburg ist der Befund jedoch beruhigend, dass sich in diesem großen Teil des Elektorsats keine starke Polarisierung zeigt, wie man sie etwa in den USA von den Wähler_innen verschiedener Parteien kennt.

Bei allen im Vorherigen erwähnten Unterschieden bleibt festzuhalten, dass Bremen und Hamburg durchaus Ähnlichkeiten aufweisen. So ist beispielsweise in beiden Städten vor allem die Corona-Politik der Regierenden den Bürger_innen positiv im Gedächtnis geblieben. Ihre Zufriedenheit mit der eigenen Stadt ist hoch, ein Grundvertrauen in die Politik vorhanden und man versteht sich selbst als norddeutsch-nüchtern sowie als tolerant. Die Unterschiede lassen sich größtenteils durch die unterschiedlichen Stadtgrößen erklären, die wiederum den Problemdruck und damit auch die Anforderungen an politische Entscheider_innen beeinflussen. Deutlich wird dies vor allem an den Ansprüchen an die politische Kommunikation von lokalen Entscheider_innen. Steht in Hamburg eine stadtteilkonzentrierte Kommunikation im Vordergrund, kann in einer kleineren Großstadt wie Bremen regelmäßiger ein Bezug zur ganzen Stadt hergestellt werden.

7. Fazit

Insgesamt zeigt sich, dass Anzeichen für eine voranschreitende Polarisierung in den Städten Bremen und Hamburg nur in geringem Maße vorhanden sind. In beiden Städten wird nach politischen Lösungen für als drängend wahrgenommene Probleme verlangt. Eine ausufernde Tendenz zur Ausdifferenzierung der politischen Prioritätensetzungen in eine immer heterogenere Gesellschaft lässt sich auf dieser Basis jedoch nicht identifizieren. Deutlich erkennbar ist aber, dass der Zusammenhalt sich bei einem größeren Problemdruck auf die direkte Umgebung – in diesem Fall den eigenen Stadtteil – beschränkt. So ist in beiden Städten in als gentrifiziert geltenden Stadtteilen der Zusammenhalt größer als in Stadtteilen, die außerhalb des Zentrums liegen. Hier sind vielmehr die Städte Bremen und Hamburg als Ganze der Bezugspunkt für die Bürger_innen. In den innenstädtischen Stadtteilen zeigt sich zudem eine Verdichtung von Lebensstilen, im Rahmen derer Diversität und Offenheit stark betont werden. Die Einwohner_innen dieser Stadtteile sind stolz auf diese Entwicklung und sehen sie als Grundpfeiler ihres Wohnorts. Diese Tendenz ist insbesondere in Hamburg zu beobachten, was mit Blick auf die Stadtgröße nicht überrascht. Der Beginn einer ähnlichen Entwicklung ist aber auch in Bremen sichtbar.

Beide Städte weisen unterschiedliche Dynamiken und Ansatzpunkte für Politik und politische Bildung auf. In Hamburg stehen altbekannte Probleme wie Wohnen, Mobilität und Tourismus als Stressthemen für die Bürger_innen oben auf der Agenda. Die Balance zwischen einer attraktiven und wachsenden Metropole und gleichzeitig guten Lebensbedingungen für die Einwohner_innen zu erhalten oder herzustellen, ist eine der größten Herausforderungen, vor denen Entscheidungsträger_innen in Hamburg nicht erst seit heute stehen.⁹ Diese Probleme beschäftigen die Bevölkerung in Hamburg aber unterschiedlich stark. Insbesondere in innenstädtischen Bereichen ist der Problemdruck besonders hoch. Hier wird ein direktes politisches Eingreifen explizit gewünscht. Das hat nicht nur Folgen für die Identifikation der Städter_innen mit dem eigenen Stadtteil, sondern gibt auch Aufschluss darüber, mit welchen politischen Mitteln die Probleme angegangen werden müssen. So ist vor allem in diesen Vierteln eine stark stadtteilkonzentrierte Politik erforderlich, die sich nah an den Problemen der Einwohner_innenschaft bewegt. Eine zu starke Fokussierung auf Events mit Spitzenpolitiker_innen scheint hier eher fehl am Platze, möglicherweise sogar kontraproduktiv. Denn bei fehlender Verbesserung der Lebenssituation der Menschen kann dies die frustrierte Abwendung von Politik insgesamt fördern. In Hamburger Stadtteilen, die eher nach Anerkennung streben und sich vor allem mit der Stadt als Ganzem identifizieren, können Auftritte von (landes-)politischem Spitzenpersonal hingegen zu mehr Selbstbewusstsein und der gewünschten verstärkten Aufmerksamkeit führen.

⁹ Faus, Rainer; Schulz, Leonie 2019: Hamburgs Themen – Hamburgs Zukunft. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Friedrich-Ebert-Stiftung, Julius-Leber-Forum, Hamburg.

Dieser Wunsch nach mehr Anerkennung ist auch bei den Bremer_innen zu spüren, die unter diesem Blickwinkel auch die im Ländervergleich erfolgreiche Corona-Politik des Landes lobend reflektieren. Das am dringlichsten zu bearbeitende Thema ist klar die Verkehrsplanung, gefolgt von – allerdings mit geringerer Intensität – Fragen von Sauberkeit und Sicherheitsgefühl, bei denen eine wachsende Unzufriedenheit mit dem politischen Management deutlich wird. Diese Unzufriedenheit verknüpfen die Bremer_innen unmittelbar mit dem zuständigen politischen Personal, was verdeutlicht, dass das politische Interesse an lokalen Begebenheiten und die Aufmerksamkeit dafür besonders ausgeprägt sind. Die klassischen Bremer Sorgenthemen aus der Bildungs- und Finanzpolitik stellen die Bremer_innen zurzeit hingegen eher hinten an. Aus zeitdiagnostischem Blickwinkel liegt nahe, dass aktuell andere Probleme im Vordergrund stehen, die einen stärkeren Einfluss auf die Lebensrealitäten haben und deswegen als relevanter bewertet werden. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Bedeutung dieser Themen jederzeit (wieder) steigen kann.

Die Unterschiede zwischen den Stadtteilen werden in Bremen und Hamburg also auf mehreren Ebenen und unterschiedlich stark sichtbar. Das zeigt sich zum einen im politischen Denken und Bewusstsein der Einwohner_innen, das sich folgerichtig an den Lebensrealitäten und jeweiligen Stressthemen in den Stadtteilen orientiert. Zum anderen sind auch die Anforderungen an die Politik und die Ansprache der Bürger_innen unterschiedlich und dementsprechend müssen diese auch innerhalb einer Stadt auf die jeweilige Zielgruppe und das Milieu zugeschnitten sein.

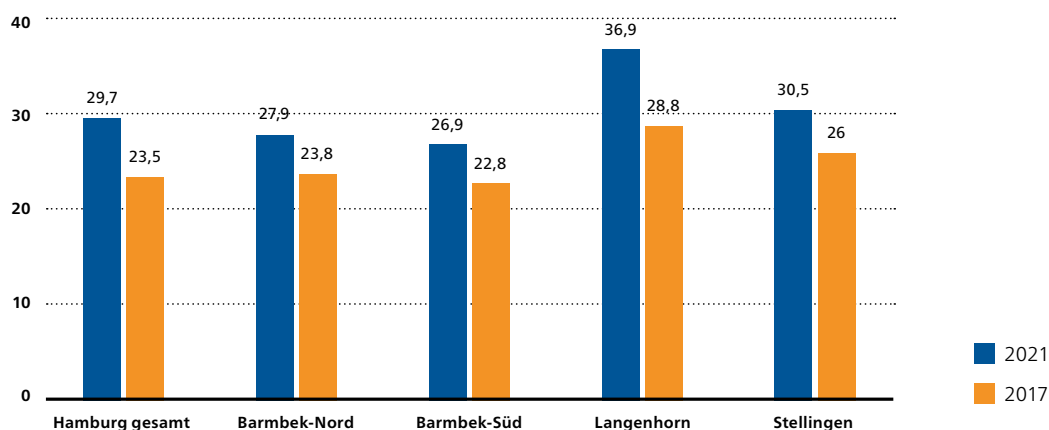
Alles in allem werden Bremen und Hamburg auch weiterhin stark im Wandel sein, großen Veränderungen unterliegen und immer neue Herausforderungen zu bewältigen haben. Es wäre spannend, diesen Wandel über die nächsten Jahre hinweg weiter zu beobachten, also etwa demografische Veränderungen von Stadtteilen, den Blick von Bürger_innen auf politische Prozesse und die Auswirkungen von beidem auf gesellschaftlichen Zusammenhalt oder eben gesellschaftliche Konflikte zu verfolgen.

Stadtteilauswahl Hamburg

SPD-Hochburgen: Barmbek-Nord, Barmbek-Süd, Langenhorn, Stellingen

In Langenhorn und Stellingen schnitt die SPD bei der Bundestagswahl 2021 stark ab, beide Stadtteile sind aber auch traditionelle SPD-Hochburgen. In Langenhorn blieb sie stärkste Kraft und erlangte sogar eines ihrer besten Wahlergebnisse über alle Stadtteile hinweg: 36,9 % (+8,1 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017), gegenüber 18,6 % (+7,3) für die Grünen und 14,3 % (–10,5) für die CDU.¹⁰ Auch in Stellingen bekam die SPD die meisten Stimmen (30,5 %, +4,5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017), vor allem gewannen hier aber die Grünen stark dazu (28 %, +12,6), während die CDU in diesem Stadtteil stark verlor und nur noch 13,7 % der Stimmen erzielte. Barmbek ist historisch betrachtet ebenfalls eine SPD-Hochburg. In Barmbek-Nord war die SPD 2021 zweitstärkste Kraft und landete mit 27,9 % der Zweitstimmen hinter den Grünen (32,3 %). In Barmbek-Süd wurde 2017 noch die CDU knapp vor der SPD stärkste Kraft (23,2 % für die CDU und 22,8 % für die SPD). Bei der jüngsten Bundestagswahl wurden nun die Grünen mit 33 % stärkste Kraft gegenüber 26,9 % für die SPD. In beiden Barmbeker Stadtteilen mit ähnlicher Soziodemografie gewannen sowohl die SPD als auch die Grünen hinzu. Dabei waren die Zugewinne für die Grünen mit mehr als 15 Prozentpunkten überdurchschnittlich hoch, die SPD gewann jeweils gut vier Prozentpunkte im Vergleich zu 2017 hinzu. In Barmbek-Nord (8,8 %) und Barmbek-Süd (10,9 %) erzielte die CDU sehr schlechte Ergebnisse.

Abbildung 4: SPD-Zweitstimmenergebnis in ausgewählten Stadtteilen Hamburgs (in %)

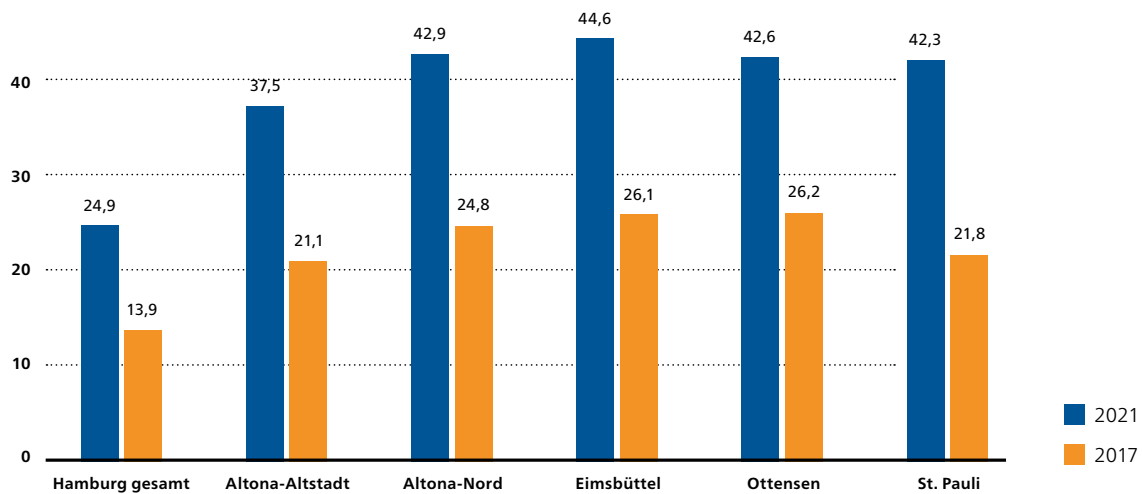


¹⁰ Alle Zahlen aus Hamburg beziehen sich auf die Daten des Bundeswahlleiters, veröffentlicht durch den NDR: <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Bundestagswahl-2021-So-hat-Hamburg-gewaeHLT,bundestagswahlhh132.html> (zuletzt eingesehen am 19.08.2022).

Grüne Hochburgen: Altona-Altstadt, Altona-Nord, Eimsbüttel, Ottensen, St. Pauli

Vor allem in den innenstädtischen Bereichen Hamburgs verbesserten sich die Wahlergebnisse der Grünen. In diesen Regionen schneidet die CDU seit vielen Wahlen eher schlecht ab. In den ausgewählten Stadtteilen lagen die Wahlergebnisse der CDU bei der Bundestagswahl 2021 zwischen 4,3 % (St. Pauli) und 7,7 % (Eimsbüttel). Deutliche Gewinne konnten die Grünen verbuchen, deren Wahlergebnisse in diesen fünf Stadtteilen zwischen 37,5 % in Altona-Altstadt (+ 16,4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017) und 44,6 % in Eimsbüttel (+ 18,5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017) lagen. Die Zugewinne der Grünen in diesen Stadtteilen zählen zu den höchsten in ganz Hamburg (Spitzenwert: 20,5 Prozentpunkte in St. Pauli). Die SPD blieb in diesen Vierteln stabil und erreichte Ergebnisse zwischen 16,4 % in St. Pauli und 22,5 % in Ottensen mit leichten Zugewinnen zwischen 0,5 und 2,9 Prozentpunkten. Alle Stadtteile sind flächenmäßig relativ klein, weisen aber eine hohe Bevölkerungsdichte auf. Generell weisen sie eine eher jüngere Bevölkerung auf und gelten gemeinhin als gentrifizierte Stadtteile mit einem vielfältigen gastronomischen und kulturellen Angebot sowie einem überdurchschnittlich hohen Mietniveau.

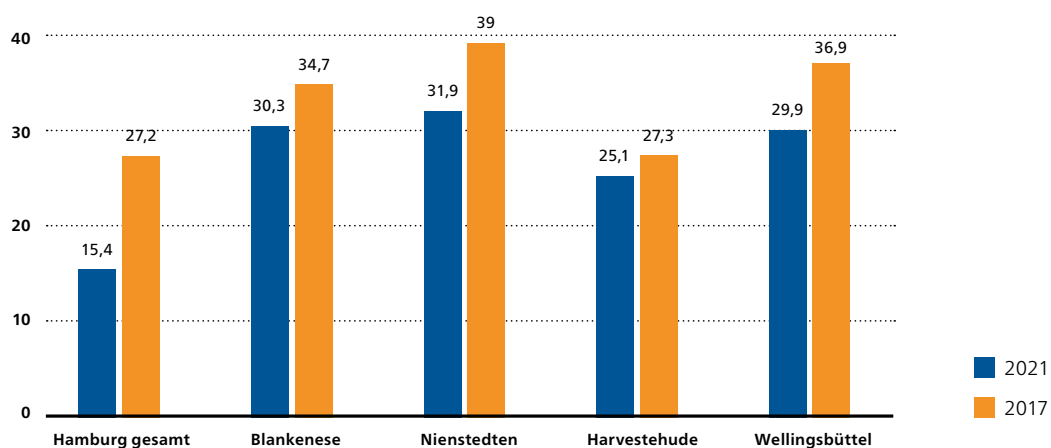
Abbildung 5: Grünen-Zweitstimmenergebnis in ausgewählten Stadtteilen Hamburgs (in %)



CDU-Hochburgen: Blankenese, Nienstedten, Harvestehude, Wellingsbüttel

Die Bundestagswahl 2021 brachte für die CDU über alle Hamburger Stadtteile hinweg Verluste. Relativ geringe Verluste hatte sie jedoch in den hier betrachteten Stadtteilen, die sich alle als traditionelle CDU-Hochburgen beschreiben lassen. So landete die Partei in Harvestehude bei 25,1 % (–2,2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017), in Wellingsbüttel bei 29,9 % (–7), in Blankenese bei 30,3 % (–4,4) und in Nienstedten bei 31,9 % (–7,1). In diesen Stadtteilen – mit Ausnahme von Harvestehude, wo die Grünen knapp stärkste Kraft wurden – behielt die CDU außerdem ihre Führungsposition. Grundsätzlich gelten alle vier Stadtteile als relativ wohlhabend, in denen viele vermögende Hamburger_innen ihr Zuhause gefunden haben. Die Wahlergebnisse der SPD in diesen Stadtteilen liegen zwischen 17,6 % (Nienstedten) und 22 % (Wellingsbüttel). Die Grünen erreichten zwischen 19,2 % (Wellingsbüttel) und 26,8 % (Harvestehude).

Abbildung 6: CDU-Zweistimmenergebnis in ausgewählten Stadtteilen Hamburgs (in %)



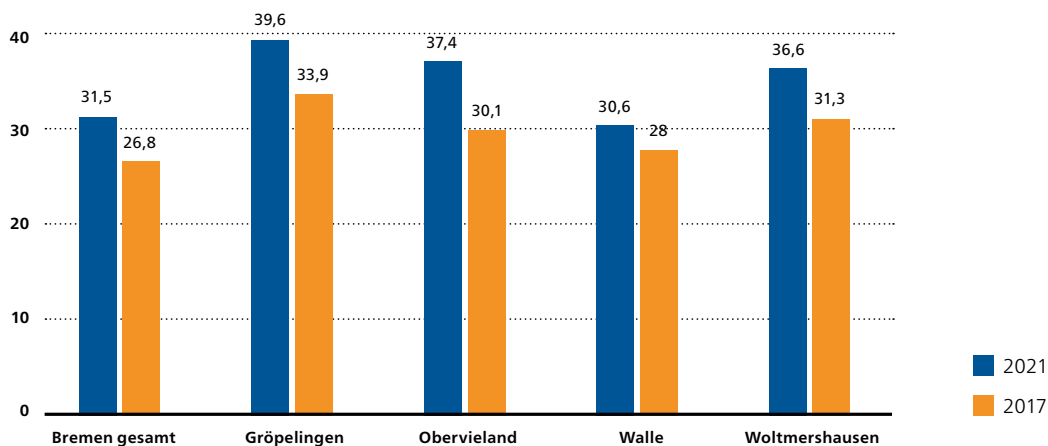
Stadtteilauswahl Bremen

Im Interesse des Vergleichs der beiden Städte Bremen und Hamburg in dieser Studie beziehen sich die hier ausgewählten Stadtteile und Zahlen lediglich auf die Stadt und nicht auf das Land Bremen.

SPD-Hochburgen: Gröpelingen, Obervieland, Walle, Woltmershausen

In den ausgewählten Stadtteilen hat die SPD ihre stärksten Ergebnisse erzielt und teilweise auch relativ hohe Zuwächse erlangt. In all diesen Stadtteilen blieb sie führende Kraft und erzielte teilweise Werte weit über dem Bundesschnitt: 37,4 % in Obervieland, 36,6 % in Woltmershausen, 39,6 % in Gröpelingen und 30,6 % in Walle, mit Zugewinnen zwischen 7,3 (Obervieland) und 2,6 Prozentpunkten (Walle).¹¹ Die Stadtteile unterscheiden sich etwas mit Blick auf ihre Soziodemografie (vor allem Gröpelingen und Woltmershausen sind eher traditionelle Arbeiter_innenviertel), zeigen aber ähnliche politische Dynamiken und Problemfelder auf. Die Ergebnisse der anderen beiden in dieser Studie interessierenden Parteien schwankten in den vier Stadtteilen stark: bei der CDU zwischen 12,4 % (Walle) und 20,9 % (Obervieland), bei den Grünen zwischen 11,3 % (Gröpelingen) und 22,9 % (Walle).

Abbildung 7: SPD-Zweistimmenergebnis in ausgewählten Stadtteilen Bremens (in %)

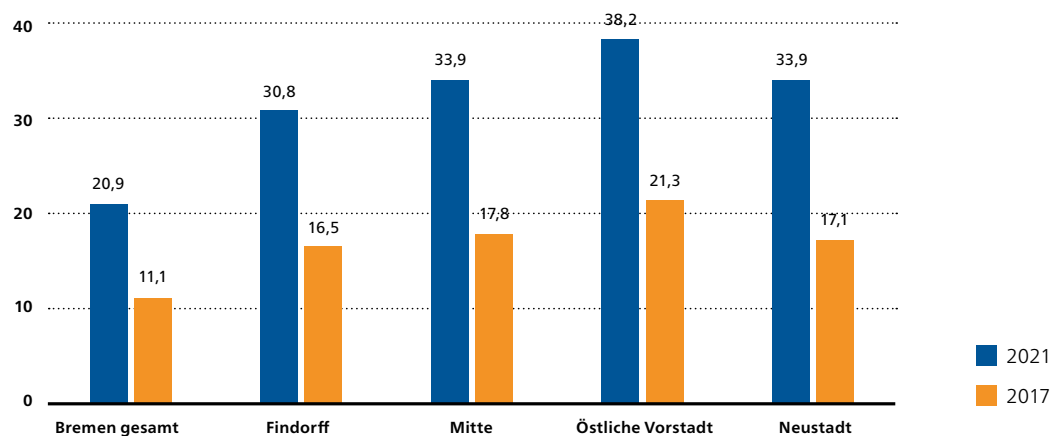


¹¹ Alle Zahlen aus Bremen stammen aus dem amtlichen Endergebnis vom 08.10.2021, veröffentlicht vom Statistischen Landesamt Bremen: https://www.statistik-bremen.de/Tabellen/Wahlen/WahlatlasBTW2021_OT/BremerWahlatlas1.html (zuletzt eingesehen am 19.08.2021).

Grüne Hochburgen: Findorff, Mitte, Östliche Vorstadt, Neustadt

Ähnlich wie in Hamburg schnitten die Grünen auch in Bremen in den innenstädtischen Vierteln gut ab: Zwischen 30,8 % (Findorff) und 38,2 % (Östliche Vorstadt) der Stimmen entfielen in den vier ausgewählten Stadtteilen auf sie. In diesen Stadtteilen hatten die Grünen zudem ihre größten Zugewinne in Bremen zu verzeichnen, zwischen 14,3 Prozentpunkten in Findorff und 16,9 Prozentpunkten in der Östlichen Vorstadt. In allen vier Stadtteilen übernahmen die Grünen die Führungsposition als stärkste Partei, gefolgt von der Linken (Mitte und Östliche Vorstadt) oder der SPD (Neustadt und Findorff). Die CDU weist in diesen Stadtteilen sehr niedrige Werte auf. Die SPD blieb relativ stabil und verbuchte nur geringe Zugewinne (zwischen 1,7 Prozentpunkten in Neustadt und 3,4 Prozentpunkten in Findorff). Ähnlich wie in den in Hamburg ausgewählten Stadtteilen gelten auch hier die Stadtteile mit starken Wahlergebnissen der Grünen als Trendgegenden (zum Beispiel mit dem sogenannten Viertel), in denen vor allem jüngere Leute leben und es ein breites Freizeit- und Kulturangebot gibt. Die SPD erzielte in diesen Stadtteilen zwischen 22,1 % (Mitte) und 29 % (Findorff). Die CDU schwankte hier auf niedrigem Niveau zwischen 8,1 % (Östliche Vorstadt) und 12,5 % (Findorff).

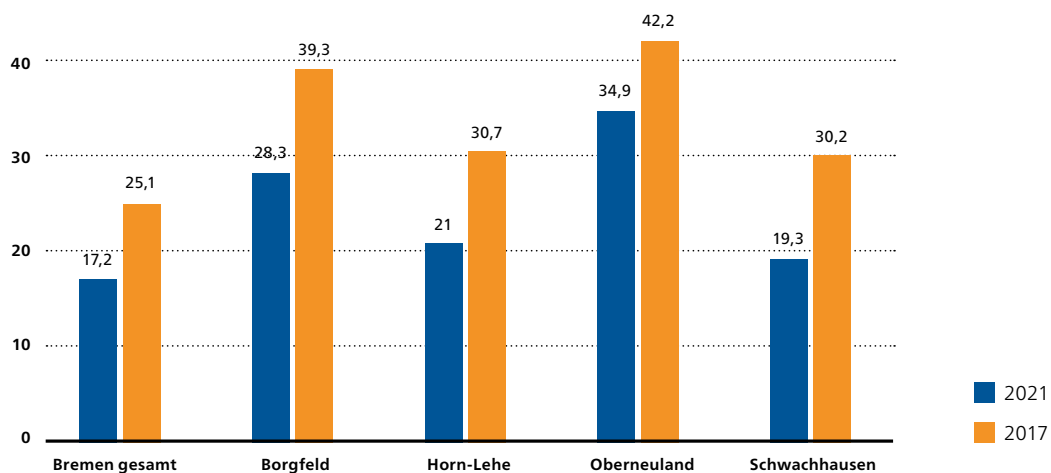
Abbildung 8: Grünen-Zweistimmenergebnis in ausgewählten Stadtteilen Bremens (in %)



CDU-Hochburgen: Borgfeld, Horn-Lehe, Oberneuland, Schwachhausen

Auch in Bremen war der bundesweite negative CDU-Trend deutlich bemerkbar, so konnte die Partei in keinem Stadtteil einen Stimmenzuwachs erlangen. Jedoch blieb der Anteil an CDU-Stimmen in den für diese Studie ausgewählten Stadtteilen relativ hoch, bewegte sich nämlich zwischen 19,3 % (Schwachhausen) und 34,9 % (Oberneuland). Dennoch waren die Stimmenverluste relativ groß: zwischen 7,3 (Oberneuland) und 11 Prozentpunkten (Borgfeld). Die Grünen haben in diesen Teilen Bremens relativ stark dazugewonnen (zwischen 7,7 Prozentpunkten in Oberneuland und 14,3 Prozentpunkten in Schwachhausen). Die CDU behielt jedoch die Führung als stärkste Partei in Borgfeld und Oberneuland, war aber in Schwachhausen (Grüne) und Horn-Lehe (SPD) anderen unterlegen.¹² Die Ergebnisse der anderen Parteien in diesen vier Stadtteilen: Die SPD erreichte zwischen 21,2 % (Oberneuland) und 27,1 % (Horn-Lehe), die Grünen mit deutlich größerer Spannweite zwischen 16,4 % (Oberneuland) und 31,4 % (Schwachhausen).

Abbildung 9: CDU-Zweistimmenergebnis in ausgewählten Stadtteilen Bremens (in %)



¹² In Stadtteilen wie Seehausen (32,9 %) und Strom (33,6 %) erzielte die CDU gute Ergebnisse. Diese Stadtteile waren jedoch aufgrund ihrer sehr niedrigen Einwohner_innenzahl sowie der weniger gut vergleichbaren Soziodemografie für diese Studie ungeeignet.

Literaturverzeichnis

Bund – Länder Demografieportal 2022: Bevölkerungszahl in Bremen. URL: <https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/bevoelkerungszahl-bremen.html> (zuletzt eingesehen am 04.08.2022).

Decker, Frank; Best, Volker; Fischer, Sandra; Küppers, Anne 2019: Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/fes/15621-20190822.pdf> (zuletzt eingesehen am 18.08.2022).

Faus, Jana; Ickstadt, Lutz 2020: Nebeneinander oder miteinander? Nachbarschaftlicher Zusammenhalt im Corbusierhaus Berlin. Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Berlin.

Faus, Rainer; Schulz, Leonie 2019: Hamburgs Themen – Hamburgs Zukunft. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Friedrich-Ebert-Stiftung, Julius-Leber-Forum, Hamburg. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/15656.pdf> (zuletzt eingesehen am 04.08.2022).

Hartl, Matthias; Faus, Jana 2020: Auf der Suche nach dem verlorenen Dialog. Erkenntnisse einer qualitativen Studie über die fragmentierte Gesellschaft in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Berlin. URL: <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/16260-20200616.pdf> (zuletzt eingesehen am 04.08.2022).

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2019: Bevölkerungsentwicklung 2019 bis 2040 in Hamburg. Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. URL: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/bevoelkerung/A_I_8_j_HH/A_I_8_j19_HH.pdf (zuletzt eingesehen am 02.08.2022).

Zick, Andreas; Küpper, Beate 2021: Die geforderte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn.

Die Autor_innen

Jana Faus ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin, Gründerin und Geschäftsführerin der Berliner Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research GmbH. Sie forscht seit mehr als 15 Jahren zu politischen und gesellschaftlichen Themen in Asien, Australien und Deutschland und ist Autorin mehrerer Studien und Publikationen. Mit pollytix berät sie auf Basis qualitativer und quantitativer Forschung Kund_innen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft strategisch zu gesellschaftlichen und politischen Fragen.

Lennart Hagemeyer studierte politische Kommunikation und hat zu Propaganda internationaler Nachrichtensender promoviert. Er ist seit Ende 2021 bei der pollytix strategic research GmbH als Berater mit Fokus auf qualitative Forschungsvorhaben beschäftigt.

Charlotte Faltas studierte interdisziplinäre Sozialwissenschaften und internationales Völkerrecht. Sie ist seit April 2021 bei der pollytix strategic research GmbH als Beraterin mit Fokus auf qualitative Forschungsvorhaben beschäftigt.

Impressum

ISBN 978-3-98628-141-0

Herausgegeben von:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Julius-Leber-Forum
Dr. Dietmar Molthagen
Bestellung/Kontakt: hamburg@fes.de

Autor_innen: Jana Faus, Lennart Hagemeyer, Charlotte Faltas
pollytix strategic research gmbh
Kontakt: info@pollytix.de

Lektorat: Niklas Wünsch
Gestaltung: Typografie · im · Kontext, Berlin
Titelfoto: Picture Alliance
Druck: Bonner Universitätsdruckerei

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

© Friedrich-Ebert-Stiftung 2022



Stadt im Einklang oder Polarisierung auf engem Raum

Hamburger und Bremer Stadtteile
im Veränderungsprozess

Jana Faus, Lennart Hagemeyer, Charlotte Faltas

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Julius-Leber-Forum